

Migration und Flucht in Zeiten der Globalisierung

*Die Zusammenhänge zwischen Migration,
globaler Ungleichheit und Entwicklung*



Impressum

Bonn, Juli 2016

Herausgeber:

SÜDWIND e.V. – Institut für
Ökonomie und Ökumene
Kaiserstraße 201
53113 Bonn
Tel.: +49 (0)228-763698-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

Bankverbindung:

KD-Bank
IBAN: DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC: GENODED1DKD

AutorInnen:

Dr. Pedro Morazán, Katharina Mauz

Redaktion und Korrektur:

Melanie Deter, Sabine Ferenschild,
Sandra Grigentin-Krämer,
Jannik Krone

V.i.S.d.P.: Martina Schaub

Gestaltung und Satz:

www.pinger-eden.de

Druck und Verarbeitung:

Brandt GmbH, Bonn,
gedruckt auf Recycling-Papier

Titelfoto:

Rasande Tyskar/Flickr.com

Inhalt

1	Einleitung	3
2	Die Folgen der Globalisierung	4
2.1	Globalisierung – Ursachen und Motive für moderne Migration	5
2.2	Die Liberalisierung des Welthandels	6
2.3	Die Liberalisierung der Finanzmärkte	7
3	Die steigende Süd-Nord-Migration	8
3.1	Globale Ungleichheit und Migration	8
3.2	Geschlechterspezifische Ungleichheit und Migration	9
3.3	Fallbeispiele	9
3.4	Klimawandel, Umweltzerstörung und Migration	10
3.5	Krieg und Gewalt als Ursachen für Flucht	12
4	Rücküberweisungen und Migration	14
4.1	Nord-Süd-Komponente	15
4.2	Süd-Süd-Komponente	16
4.3	Positive und negative Auswirkungen	17
5	Migration und die deutsche Entwicklungspolitik	17
5.1	EU-Migrationspolitik	17
5.2	Der EU-Notfall-Treuhandfonds für Afrika	19
5.3	Migration und die Agenda 2030	20
5.4	Migration und deutsche Entwicklungspolitik	22
6	Schlussfolgerungen und Empfehlungen	23
7	Literaturverzeichnis	25

Gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes, durch Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst, durch den Evangelischen Kirchenverband Köln und Region sowie die Evangelische Kirche im Rheinland.

Gefördert durch:



Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt	ILO	International Labour Organisation / Internationale Arbeitsorganisation
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	IMF	International Monetary Fund / Internationaler Währungsfond
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change / Zwischenstaatlicher Ausschuss über Klimaveränderung
BIP	Bruttoinlandsprodukt	ODA	Official Development Assistance / öffentliche Entwicklungszusammenarbeit
CONCORD	European NGO Confederation for Relief and Development / europäischer Dachverband entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen	OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development / Organisation für wirtschaftliche Kooperation und Entwicklung
ECOWAS	Economic Community of West African States / Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten	PPP	Purchasing Power Parity / Kaufkraftparität
GATS	General Agreement on Trades in Services / Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen	SDG	Sustainable Development Goals / Ziele für nachhaltige Entwicklung
GCIM	Global Commission on International Migration / Weltkommission für internationale Migration	TRIPS	Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights / Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Recht des geistigen Eigentums
GFMD	Global Forum on Migration and Development / Globales Forum für Migration und Entwicklung	UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees / Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen
GMG	Globale Migrationsgruppe		

1 Einleitung

Mehr als 60 Mio. Menschen befinden sich derzeit weltweit auf der Flucht vor Krieg, Gewalt, Hunger oder Naturkatastrophen. Das sind so viele, wie noch nie. Die Zahl der MigrantInnen wird auf ca. 240 Mio. Menschen weltweit geschätzt. Die meisten von ihnen bewegen sich in und zwischen den armen Ländern des Globalen Südens. Aber auch die Süd-Nord-Migration hat in den letzten Jahren zugenommen. Die MigrantInnen und Flüchtlinge, die auf der Suche nach Schutz und einem besseren Leben in den Globalen Norden kommen, tun dies nicht leichtfertig. Der Entscheidung gehen meist Erfahrungen von Gewalt, Entbehrung und Armut voraus. Aber woher konkret rühren die Gründe für den Aufbruch?

Die Trennlinie zwischen Flucht und Migration ist nicht immer eindeutig und wird sehr häufig, je nach politischen Interessen der Zielländer, unterschiedlich gezogen. Es ist selten ein einziger Grund, der Menschen flüchten oder migrieren lässt. Viel eher ist es ein Zusammen-

spiel verschiedener Faktoren, sowohl auf Mikro-, Meso- als auch auf Makroebene, die Migrationsbewegungen auslösen, verstärken und überdauern lassen.

Die vorliegende Studie befasst sich mit den Themen Flucht, Migration und Entwicklungszusammenarbeit. Sie beleuchtet sowohl an einigen Beispielen die Ausgangssituationen in den Herkunftsländern der MigrantInnen und Flüchtlinge – seien es politische, wirtschaftliche, kulturelle oder durch den Klimawandel bedingte Folgen – als auch die Mechanismen und politischen Rahmenbedingungen, die zu Flucht und Migration führen.

Migration und Flucht kann man nicht ausschließlich im Rahmen von Landesgrenzen analysieren. Es sind transnationale Phänomene in einer globalisierten Welt. Demzufolge befasst sich das zweite Kapitel der Studie mit Globalisierung im Allgemeinen und welche Auswirkungen sie auf Entwicklungsländer, auf Migra-

tion und Flucht hat. Das Kapitel handelt von der Ungleichheit zwischen dem Globalen Norden und Süden, von Handels- und Kapitalverkehrsbarrieren und von Grenzen für MigrantInnen und Flüchtlinge.

Das dritte Kapitel beleuchtet die Migration zwischen Globalem Süden und Norden ebenso wie innerhalb der Regionen. Die Gründe für Migration und Flucht sind vielfältig: Klimawandel, politische Konflikte und Lohnungleichheit gehören dazu.

So kritisch und negativ die Stimmen sind, die über Migration diskutieren, kann Migration auch enormes Entwicklungspotential für Zielländer und für Her-

kunftsländer der MigrantInnen beinhalten. Im darauffolgenden Kapitel verdeutlicht das Beispiel von Rücküberweisungen dies auf anschauliche Weise.

Migration kann das Wirtschaftsgefüge, die Rechtsprechung, die gesellschaftlichen Debatten ebenso wie die Politik beeinflussen. Das letzte Kapitel der Studie beleuchtet deshalb die Ansätze der Politik. Sei es im Rahmen der Agenda 2030 und den dazu gehörenden Nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen (SDG), auf EU-Ebene am Beispiel des Notfall-Treuhandfonds für Afrika oder auf nationaler Ebene mit dem Konzept des BMZ, um Flucht- und Migrationsursachen zu bekämpfen.

2 Die Folgen der Globalisierung

Von der gegenwärtigen Flüchtlingskrise sind Entwicklungsländer viel stärker betroffen als die Mitgliedsländer der EU. Das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) schätzt die Zahl der Flüchtlinge auf einen Nachkriegsrekord von mehr als 60 Mio. Menschen. Nur ein Drittel derer befindet sich außerhalb ihrer Herkunftsländer: Derzeit gelten 38 Mio. Menschen als Binnenvertriebene. Die meisten Flüchtenden wollen in ihre Heimatorte zurückkehren, sobald die Ursachen und Umstände, die sie einst zur Flucht gezwungen haben, vorbei sind. Die benachbarten Entwicklungsländer stemmen den Löwenanteil bei der Aufnahme von Flüchtlingen und MigrantInnen. Ein Vorteil aus Sicht der MigrantInnen

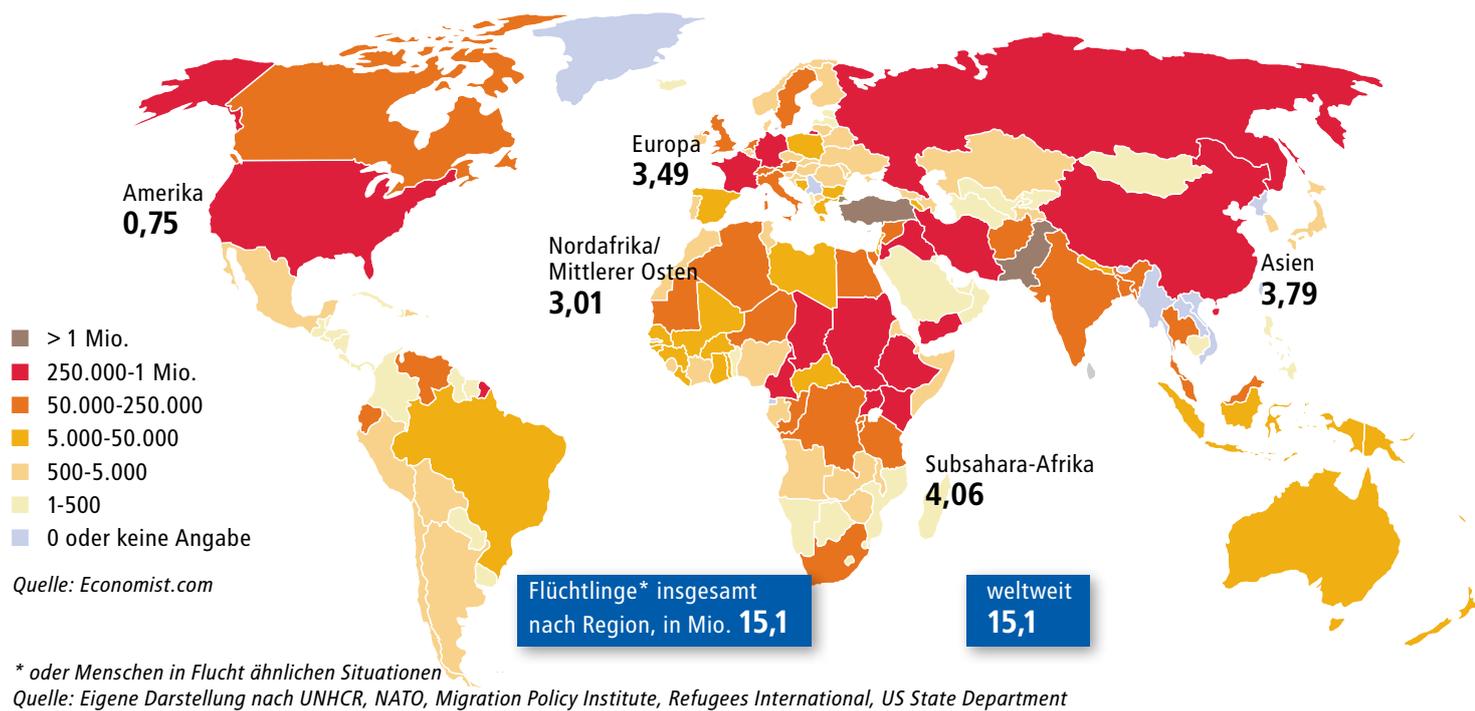
und Flüchtlingen ist, dass sie schneller und unmittelbarer in ihre Heimatländer zurückkehren können. Auch geht meistens mit der geographischen eine kulturelle Nähe einher, was die Integration erleichtern kann. Schätzungen zu Folge sind zurzeit ca. 13 Mio. SyrerInnen auf der Flucht, sieben Mio. davon innerhalb des Landes und ca. sechs Mio. im Ausland. Von diesen sechs Mio. Flüchtlingen ist lediglich eine Million nach Europa gereist. Die große Mehrheit der syrischen Flüchtlinge hat in den Nachbarländern Jordanien, Libanon, Türkei und Irak Schutz gesucht. Allein in Jordanien leben inzwischen mehr als eine Million SyrerInnen, und es werden jeden Tag mehr. Nicht nur in Syrien werden Menschen gezwungen zu fliehen, auch in Afghanistan, im Sudan, im Südsudan oder in Kolumbien, der Demokratischen Republik Kongo und vielen weiteren Ländern fliehen Menschen vor Krieg, Unterdrückung, Gewalt, Hunger oder Naturkatastrophen (siehe Abb. 1):

Länder, wie der Libanon, die Türkei oder Kenia, sind angesichts der Dimension der Flüchtlingskrise stark überfordert. Auch Europa steht zurzeit vor großen Herausforderungen.



Flüchtlingslager Libanon, Foto: UNHCR Refugee Agency/Flickr.com

Abb. 1: Anzahl der eingetragenen Flüchtlinge nach Zielland in Mio., Stand 2015



Migration als globales Phänomen

Gegenwärtig versucht die Politik immer intensiver, eine klare Grenze zwischen „Flüchtling“ (auf der Suche nach Schutz) und „MigrantIn“ (auf der Suche nach sozio-ökonomischer Verbesserung) zu ziehen. In der Praxis ist eine Trennungslinie aber alles andere als klar. Flüchtlinge, die länger als fünf Jahre ohne Beschäftigung, Bildung oder sonstige sozio-ökonomische Möglichkeiten leben müssen, sehen sich häufig gezwungen weiterzuziehen, um neue Alternativen zu suchen. Dies führt zu einer Vermischung der Migrationsflüsse (Long 2016).

Weltweit haben Migrationsbewegungen zugenommen: Süd-Süd-Migration (zwischen Ländern des Globalen Südens); Süd-Nord-Migration (von Ländern des Globalen Südens in Länder des Globalen Nordens) aber auch die Nord-Nord-Migration zwischen reichen Ländern des Globalen Nordens. Ebenfalls gewachsen ist die Migration in OECD-Länder: Zwischen 2013 und 2014 erlebten die OECD-Länder einen Anstieg der Migration um 6 %. Fernsichtbilder von überfüllten Booten im Mittelmeer sollten allerdings nicht täuschen: China und Indien gelten derzeit als die wichtigsten Herkunftsländer, gefolgt von Polen und Rumänien. Deutschland hat in dieser Zeit seinen Status als zweitwichtigstes Einwanderungsland nach den USA konsolidiert (OECD 2015).

► 2.1 Globalisierung – Ursachen und Motive für moderne Migration

In der gesellschaftlichen Debatte wird von Migration sehr häufig als „Problem“ gesprochen, das schnell politisch gelöst werden müsse. Reflexartig wird für strengere Grenzkontrollen und gar für eine Sicherung bzw. Schließung von Grenzen plädiert – wenn nötig auch mit „Schießbefehl“. Übersehen wird allerdings, dass Migration Teil eines breiteren und weltweiten Prozesses von Entwicklung, Globalisierung und sozialer Transformation ist, welcher die Menschheit seit Jahrhunderten begleitet und auch künftig begleiten wird.

Die Ursachen von Migration und Mobilität sind nicht eindimensional. Es wäre zu kurz gegriffen, Armut oder

Globalisierung als die einzigen Migrationsursachen zu betrachten. Migrationsprozesse sind vielmehr die Folge einer Kombination aus Mikro- und Makrostrukturen. Die ersten haben mit persönlichen Motivationen, familiären Bindungen oder Überzeugungen der MigrantInnen zu tun. Die Makrostrukturen beruhen auf institutionellen Faktoren mit größerer Wirkung (large scale) – also auf der Globalisierung des Weltmarktes – d.h. zwischenstaatliche Beziehungen (Mikro- und Makrostrukturen) werden teilweise durch Mesostrukturen (durch Netzwerke, Schlepperbanden etc.) miteinander verbunden (Castles et al. 2014).

Es gibt Umstände in den Herkunftsländern, die Auswanderung auslösen – sogenannte Abstoßkräfte (push factors). Dazu gehören ethnische oder religiöse Diskriminierung ebenso wie schlechte Arbeitsbedingungen und Armut. Das allein erklärt aber nicht die Entscheidungen der Menschen, auszuwandern. Anziehungskräfte der Zielländer (pull factors), wie höhere Löhne, Bedarf an saisonalen Arbeitskräften in der Landwirtschaft oder im Pflegebereich sowie an hochqualifizierten Fachkräften im IT-Bereich, beeinflussen ebenfalls die Migration.

Das Zusammenwirken verschiedener Faktoren wie Wohlstand, geographische Nachbarschaft, Transportverbesserungen oder plötzliche Ereignisse schaffen die Bedingungen und das Umfeld, in dem Menschen die Entscheidung zwischen Gehen oder Bleiben treffen – dies sind die Motive oder Ursachen der Migration.

Insgesamt sechs Tendenzen der Migration werden in der Migrationsforschung identifiziert: Erstens die Glo-

balisierung der Migration, d.h. immer mehr Länder weltweit sind von der Migration betroffen. Zweitens der Richtungswechsel der Migrationsbewegungen, d.h. die Süd-Nord-Migration ist heute stärker als die Nord-Süd-Migration der Vergangenheit (von Europa nach Argentinien, Australien etc.). Drittens die Differenzierung der Migration, d.h. die meisten Länder haben mit verschiedenen Migrationsformen zu tun. Viertens die Proliferation von Migrationsübergängen, d.h. viele Auswanderungsländer werden zunehmend zu Einwanderungsländern. An fünfter Stelle die Feminisierung der Arbeitsmigration, d.h. anders als in der Vergangenheit sind es heute in zahlreichen Migrationsbewegungen mehrheitlich Frauen, die ihre Heimatländer verlassen. Und sechstens die steigende Politisierung von Migration, d.h. Migration bestimmt immer mehr die Innen-, Außen- und Entwicklungspolitik der beteiligten Länder (Castles et al. 2014).

► 2.2 Die Liberalisierung des Welthandels

Länder wie Burkina Faso und Ghana hatten einst eine funktionierende Milchproduktion. Viele Bäuerinnen und Bauern besaßen ein oder zwei Kühe, und es gab zahlreiche kleine Molkereien in den Ländern. Dann kam sehr billiges, subventioniertes Milchpulver aus der EU nach Westafrika – in den Jahren 2004 und 2005 lag dessen Preis bei einem Viertel des europäischen Produktionspreises. Während einheimische Bauern

Milch für 38 bis 45 Cent pro Liter produzierten, kostete das europäische, subventionierte Milchpulver nur 30 Cent. Statt der, laut neoliberalen Dogma, Verbesserungen und Vorteilen für die AfrikanerInnen, brachte dies jedoch verheerende Folgen mit sich: Weil sich die Milchproduktion nicht mehr lohnte, mussten die Milchbäuerinnen und -bauern ihre Kühe verkaufen und ihre Ländereien verlassen. Viele von ihnen verließen ihr Land und zogen auf der Suche nach neuer Arbeit in die Städte. Vergleichbares spielte sich an den Küsten des Senegals und Mauretaniens im Hinblick auf die EU-Fischereipolitik ab: Die billigen Importe aus den EU-Ländern zerstörten die Lebensgrundlagen der einheimischen FischerInnen und KleinproduzentInnen, ohne dass alternative Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen wurden. Durch die Liberalisierung des Welthandels wurde die Grundlage von Millionen Bauernfamilien in Afrika, Asien und Lateinamerika zerstört. Das Ergebnis: Da die Landwirtschaft sie nicht weiter ernähren kann, verlassen sie die ländlichen Gebiete und ziehen in die Städte. Dort leben sie unter teilweise prekären Lebensbedingungen.

Die Regierungen armer Länder haben vergeblich versucht, sich gegen diese Entwicklungen zu wehren. Sie plädierten dafür, im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) eine „Entwicklungsrunde“ einzuführen. Die Doha-Entwicklungsrunde sollte Regeln gegen unfaire Handelspraktiken und einen besseren Zugang der Entwicklungsländer zu den Märkten der reichen Staa-



Containerhafen, Foto: Senfwurst/Flickr.com

ten erreichen. Ursprünglich sollten die Verhandlungen bereits 2004 abgeschlossen sein. Sie scheiterten am Widerstand der USA und der EU, die sich weigerten, ihre Agrarsubventionen abzubauen. Die Folgen sind für die meisten Entwicklungsländer verheerend: Die Kluft zwischen armen und reichen Ländern ist gewachsen. In zahlreichen afrikanischen, lateinamerikanischen und asiatischen Ländern ist die landwirtschaftliche Produktion zum Erliegen gekommen und Konflikte um knappe Ressourcen haben sich verschärft.

Die Regeln und Normen, die den internationalen Handel heute bestimmen, haben die Ungleichheit zwischen Nord und Süd nicht reduziert, sondern eher noch verschärft. Gewinner sind multinationale Konzerne und Banken in reichen Ländern sowie Wirtschaftseliten und korrupte PolitikerInnen in armen Ländern. Schätzungen zu Folge hat die WTO im Jahr 2000 ein Handelsvolumen von umgerechnet 8 Trio. US-Dollar ermöglicht.

Im Rahmen zahlreicher Verhandlungen wurden immer wichtigere Aspekte der nationalen Souveränität,

die für Entwicklungsländer von strategischer Bedeutung waren, liberalisiert: die Durchsetzung von Urheberrechten, das Allgemeine Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS), Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS), Investitionen und öffentliche Beschaffung etc.

Diskutiert man Globalisierung, dann finden Migration und Migrationsbewegungen nur am Rande Beachtung. Allerdings fragte sich schon Lant Pritchett zu Recht: „Wenn alles globalisiert ist, warum dann nicht auch Arbeit und Beschäftigung?“¹ (Pritchett 2006). Mächtige Länder verwehren sich einem Migrationsystem, welches auf Regeln und Normen basiert. Faire Regelungen würden die Schwächeren gegen die Mächtigeren schützen. Wenn diese Regeln aber fehlen oder nur einseitig umgesetzt werden, dann ist das Schicksal der Menschen von der Entscheidung und dem Wohlwollen Einzelner abhängig.

► 2.3 Die Liberalisierung der Finanzmärkte

Die Liberalisierung der Finanzmärkte hat ebenfalls die Kluft zwischen reichen und armen Ländern weiter geöffnet. Die internationale Finanzkrise war in erster Linie eine Kreditkrise, eine Krise des internationalen Bankensystems. In Subsahara-Afrika werden die Banken vor allem mit einheimischem oder regionalem Kapital versorgt und hängen weniger von ausländischen Krediten ab. Banken aus Schwellen- und Entwicklungsländern haben nicht am Derivate-Handel teilgenommen. Ihr Finanzsystem ist infolge der vom Internationalen Währungsfonds (IWF) verordneten Liberalisierung dennoch mit den internationalen Finanzmärkten verknüpft.

Ausländische Direktinvestitionen, Portfolioinvestitionen und Kredite für den Globalen Süden gingen infolge der Rezession und der Rettungspakete für Industrieländer dramatisch zurück. Das Geld für den Süden wurde für die Rettung von Banken umgeleitet. Nach Angaben des Institute for International Finance sind die Kapitalzuflüsse in Entwicklungsländer 2008 um 465 Mrd. US-Dollar zurückgegangen. Nach Berechnungen der Weltbank beläuft sich der Finanzierungsbedarf infolge der Austrocknung des Bankentransfers für Entwicklungsländer auf 1,4 Bio. US-Dollar. Unmittelbare Folge dieses gigantischen Ressourcentransfers könnte eine

neue Schuldenkrise sein. Ein starker Rückgang der Industrieproduktion von mehr als 30 % ist in den Schwellenländern bereits zu beobachten.

Nur vor dem Hintergrund der Globalisierung kann man Verlauf und Dynamik der aktuellen Migrationsbewegungen verstehen. Die zunehmende Globalisierung der Wirtschaft ist eine enorme Herausforderung für Demokratie und nationale Souveränität – insbesondere in Entwicklungsländern. Rodrik beschreibt Demokratie, nationale Souveränität und Globalisierung in einem wechselseitigen „Dreierverhältnis“. In diesem „Trilemma“ spielt die Globalisierung eine entscheidende Rolle: Eine größere Öffnung nach außen geht in der Regel auf Kosten von Demokratie und/oder nationaler Souveränität (Rodrik 2009).

Globalisierungs- und Transitionstheorien belegen, dass soziale Transformation und Entwicklungsprozesse Migration steuern und dass es sehr schwer ist, langfristige Migrationstrends entscheidend zu beeinflussen, wenn Staaten und internationale Institutionen nicht radikale Veränderungen in ihren politischen und wirtschaftlichen Systemen vornehmen (Goldin et al. 2011).

¹ "If everything else is globalized then why not labor?" (eigene Übersetzung nach Pritchett 2006: 31)

3 Die steigende Süd-Nord-Migration

Migrationsstudien haben den Zusammenhang zwischen der zunehmenden Süd-Nord-Einkommenskluft und Migration empirisch nachgewiesen. Der Einkommensunterschied zwischen Herkunfts- und Zielländern ist gestiegen. Wenn die Kluft um 1.000 US-Dollar Kaufkraftparität steigt, dann steigt die Anzahl der MigrantInnen um 10 % (Ortega/Peri 2009).

Die Liberalisierung des internationalen Handels wurde durch die Entstehung der Welthandelsorganisation (WTO) erst möglich gemacht. Mit Hilfe des Interna-

tionalen Währungsfonds und insbesondere der Weltbank wurden in den armen Entwicklungsländern im Rahmen von Strukturanpassungsprogrammen u.a. die Kapitalmärkte für ausländische InvestorInnen geöffnet. Die Liberalisierung von Handel und Finanzen war also das Resultat politischer Initiativen, die insbesondere das Interesse großer multinationaler Konzerne und reicher Finanzinstitute im Blick hatte. Für Waren und Kapital wurden die Grenzen vollständig geöffnet, für Menschen und Arbeitskräfte jedoch nicht.

► 3.1 Globale Ungleichheit und Migration

Demographische, ökonomische und soziale Nord-Süd-Ungleichheiten sind wichtige Aspekte im Hinblick auf Migration (GCIM 2005). Unter den wirtschaftlichen Faktoren, die als Auslöser von Migration angesehen werden, spielen die Lohn disparitäten zwischen Ländern des Globalen Nordens und des Globalen Südens eine Schlüsselrolle. Die meisten Menschen migrieren von Niedrig- in Hochlohnländer. Zwischen 1980 und 2010 machten MigrantInnen aus Entwicklungsländern 40 % der Arbeitskräfte in den naturwissenschaftlichen Bereichen und in den Wirtschaftssektoren der Industrieländer aus (McKinsey Global Institute 2012).

Während sogenannte WirtschaftsmigrantInnen – per Definition – ihr Migrationsziel hinsichtlich eines höheren Beschäftigungseinkommens wählen, geht es bei den politischen Flüchtlingen in erster Linie darum, ihr Leben zu retten und sich in Sicherheit zu bringen. Die sogenannten WirtschaftsmigrantInnen hoffen, in den Zielländern mit besseren Arbeitsbedingungen und angemessenerer Entlohnung ihr Wohlstandsniveau verbessern zu können. Es muss allerdings festgehalten werden, dass auch politische Flüchtlinge eher in Ländern mit geringer Arbeitslosigkeit, wie Deutschland, Österreich oder Schweden, Schutz suchen als in Ländern mit Beschäftigungsproblemen, wie Griechenland oder vielen osteuropäischen Ländern (IMF 2016).

Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) gibt es derzeit ca. 150 Mio. ArbeitsmigrantInnen weltweit (ILO 2015b). Zu den ArbeitsmigrantInnen werden nur die Personen gezählt, die als

sogenannte GastarbeiterInnen in den Zielländern auf Arbeitssuche oder bereits beschäftigt sind. 60 % der MigrantInnen weltweit leben in reichen Ländern, in denen gleichzeitig lediglich 16 % der weltweit Beschäftigten leben (GCIM 2005). Im Jahr 2000 gab es in diesen Ländern 52 Mio. MigrantInnen unter den 465 Mio. Beschäftigten, d.h. 12 % der Arbeitskräfte im Globalen Norden waren ArbeitsmigrantInnen aus dem Globalen Süden.

In Entwicklungsländern dagegen sieht die Situation anders aus: Von den 3 Mrd. Arbeitskräften, sind 32 Mio. ArbeitsmigrantInnen, also lediglich 1 %. In China und Vietnam gibt es keine ausländischen ArbeitsmigrantInnen in der nationalen Industrie, in den Öl exportierenden Ländern des Mittleren Ostens dagegen sind 70 % der Arbeitskräfte MigrantInnen.

Die Lohn disparitäten zwischen reichen, entwickelten Industrieländern- und Entwicklungs- bzw. Schwellenländern sind groß und haben in den letzten Jahren der Wirtschaftskrise weiter zugenommen. Der Durchschnittslohn lag 2013 in den entwickelten Ländern bei 3.000 US-Dollar – pro Monat gemessen in Kaufkraftparität – verglichen mit einem Durchschnittslohn von 1.000 US-Dollar in Schwellen- und Entwicklungsländern (ILO 2015). Der US-amerikanische Durchschnittslohn ist mehr als dreimal so hoch wie der chinesische Durchschnittslohn. Zwar ist der Lohnunterschied zwischen beiden Ländern leicht zurückgegangen, die Arbeitsbedingungen haben sich allerdings nicht verbessert.

² Kaufkraftparität heißt, dass man Kennzahlen verschiedener Währungen nicht vergleicht, in dem man die Währungen über den Wechselkurs umrechnet, sondern indem man die Kaufkraft der Währungen anhand eines repräsentativen Warenkorbs bestimmt und die Kennzahlen dann anhand der Kaufkraft vergleicht. In Statistiken wird oft die englische Abkürzung PPP (Purchasing Power Parity) angegeben. (<https://www.vimentis.ch/d/lexikon/152/Kaufkraftparit%C3%A4t.html>)

Das Abfallen des Reallohns und die Verschlechterung der weltweiten Arbeitsbedingungen sind eine Folge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Während die Reallohnsteigerungen in den letzten Jahren in einigen Entwicklungs- und Schwellenländern Asiens und Osteuropas zu erheblichen Verbesserungen geführt haben und stärker waren als in einigen reichen Län-

dern des Globalen Nordens, öffnet sich die Einkommensschere zwischen Europa und Afrika weiter. Nicht nur in Hinblick auf Afrika hat sich das Versprechen, dass neoliberale Handelsreformen und Globalisierung zu einer allmählichen Konvergenz im Einkommensniveau führen, als ein Trugschluss erwiesen.

► 3.2 Geschlechterspezifische Ungleichheit und Migration

Flucht und Migration sind immer gefährliche, mühsame und schwere Unterfangen. Menschenhandel und Entführung sind Gefahren, mit denen alle, die ihre Heimat verlassen und in einem anderen Land Schutz suchen müssen, konfrontiert werden – Männer gleichwohl wie Frauen. Allerdings sind es Frauen, die besonders verletzlich sind und öfter Opfer von Gewalt, Missbrauch und Vergewaltigungen werden.

Migration hat für Frauen andere Auswirkungen als für Männer. Nicht nur in den Herkunftsländern, sondern auch in den Zielländern bestimmt die Ungleichheit zwischen Frauen und Männern die Situation der Migrantinnen. Auch die Auswirkungen der Migration oder Flucht sind für Frauen andere als für Männer. Migration ist nicht „geschlechterneutral“. Daraus ergeben sich wichtige Fragen für eine Migrationsanalyse aus der Gender-Perspektive: Warum sind Frauen stärker negativ von Migrationsprozessen betroffen als Männer? Inwieweit wirkt sich Migration positiv bzw. negativ auf die Lage von Migrantinnen aus und wie wirken sich bestehende geschlechterspezifische Un-

gleichheiten im Zielland auf die Erfahrungen von Migrantinnen aus?

Die Daten belegen, dass einerseits in Ländern, in denen hohe Armutsraten und starke Unterschiede zwischen Männern und Frauen herrschen, weniger Frauen emigrieren. Andererseits wirkt geschlechterspezifische Diskriminierung von bestimmten Frauengruppen, wie alleinerziehenden Müttern, unverheirateten oder geschiedenen Frauen und Witwen, als Push-Faktor, also als verstärkender Grund, das Land zu verlassen. Ein Anreiz, ein sogenannter Pull-Faktor, kann beispielweise die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften im Pflege- und Reinigungsbereich in den Zielländern der Migration sein.

Obwohl Frauen im Durchschnitt 17 % weniger Lohn für die gleiche Tätigkeit als Männer erhalten, sparen sie in der Regel mehr, um Rücküberweisungen an Familienangehörige in der Heimat zu schicken. Hochqualifizierte und besser bezahlte Stellen bekleiden dagegen eher Männer (UNDP 2009).

► 3.3 Fallbeispiele

Die arabischen Länder im Norden Afrikas stehen häufig im Mittelpunkt der Migrationsdebatten. Der sogenannte Arabische Frühling wurde in Ländern wie Tunesien, Libyen oder Ägypten als der Aufstand der Bevölkerung gegen korrupte Regierungen, die ihre Bevölkerung unterdrücken, bekannt. Wie so oft gab es aber auch ökonomische Ursachen – steigende Einkommensungleichheit und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen – die zu zunehmender Unzufriedenheit in der Bevölkerung führten.

Insbesondere junge Menschen sind in Nordafrika von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung betroffen. Nach Angaben der ILO ist Nordafrika mit knapp 30 % –

bei weiblichen Jugendlichen sind es sogar 45 % – die Region mit der höchsten Jugendarbeitslosigkeit weltweit. Auch die Kinderarbeit ist mit mehr als 9 Mio. arbeitenden Kindern sehr hoch. Im Sudan machen Kinder ca. 4 % der gesamten Arbeitskräfte aus. Hinzu kommt, dass soziale Dienstleistungen und soziale Sicherungssysteme in der Region zersplittert und ungerecht sind. Dabei wird sich das Problem von Arbeitslosigkeit und prekären Arbeitsbedingungen in den arabischen Ländern in der Zukunft eher noch weiter verschlechtern, denn in dieser Region liegt die Erwerbsbeteiligungsquote³ – insbesondere bei Frauen – weit unter dem weltweiten Durchschnitt (ILO 2016).

³ Die Erwerbsbeteiligungsquote ist der Anteil der Erwerbspersonen in Relation zur Gesamtbevölkerung.

Das Haushaltseinkommen besteht nicht nur aus dem Einkommen der Löhne. Es gibt auch Einkommen aus Eigentum, Handel, Produktion und aus dem Angebot von Dienstleistungen für den Markt oder den Eigenbedarf sowie aus Transferzahlungen, wie Arbeitslosengeld und Sozialhilfe. Anders als in den entwickelten Ländern, sind in armen Ländern Transferzahlungen so gut wie nicht vorhanden. In armen Ländern sind weniger Menschen vom Lohn, als vielmehr vom Eigeneinkommen aus privaten Dienstleistungen (unter anderem aus dem informellen Sektor) abhängig. Das bringt mit sich, dass die Einkommensverhältnisse weniger kontinuierlich sind und das Armutsrisiko größer ist (ILO 2015a).

In Subsahara-Afrika sind 60 bis 80 % der Beschäftigten in der informellen Wirtschaft aktiv. Das macht 50 bis 80 % des BIP aus. Sowohl auf dem Land als auch in den Städten sind neun von zehn Erwerbstätigen im informellen Sektor beschäftigt. Während der weltweite

Durchschnitt bei 46 % liegt, arbeiten dort knapp 70 % der Menschen in unsicheren Arbeitsverhältnissen. Dabei gibt es sehr starke regionale Unterschiede, die von den jeweiligen Produktionsstrukturen abhängig sind: Nicht nur, dass die Löhne sehr niedrig und die Arbeitszeiten lang sind, es gibt auch keinerlei sozialen Arbeitsschutz. Dabei sind Frauen in Afrika noch stärker von ungeschützten Arbeitsverhältnissen betroffen als Männer (ILO 2016). Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass Subsahara-Afrika die höchsten Migrationszahlen weltweit aufweist, nämlich 1,5 % bei einem weltweiten Durchschnitt von 1 %. Länder mit besonders hohen arbeitsbedingten Migrationsraten sind Gambia, Elfenbeinküste, Somalia und Simbabwe.

Die Verbindung zwischen Migration und Beschäftigung ist inzwischen als entscheidend für Armutsbekämpfung und Entwicklung anerkannt (OECD 2009).

► 3.4 Klimawandel, Umweltzerstörung und Migration

Die Begriffe „Umweltflüchtling“ oder „Klimaflüchtling“ sind sehr umstritten, denn eine klare Abgrenzung zwischen umweltbezogenen Migrationsursachen und anderen, nicht umweltbezogenen, ist in zahlreichen Fällen schwer vorzunehmen. Bereits 1985 prägten ExpertInnen der Vereinten Nationen den Begriff „Umweltflüchtlinge“ für jene Menschen, die aufgrund von Veränderungen in ihrer unmittelbaren Umwelt gezwungen waren, dauerhaft oder vorübergehend ihre Heimat zu verlassen – der Zusammenhang zwischen Migration und Vertreibung infolge von Umweltveränderungen wurde bereits damals deutlich.

Insbesondere in armen Entwicklungsländern hat der Klimawandel zu einer signifikanten Steigerung von Migration und Umsiedlung geführt. Zwischen 2008 und 2013 mussten weltweit ca. 165 Mio. Menschen wegen durch den Klimawandel bedingte Naturkatastrophen ihre Heimat verlassen. Jedoch nicht immer haben sogenannte Umweltflüchtlinge die Möglichkeit, frei darüber zu entscheiden, ob sie migrieren oder bleiben. Diese Entscheidungen hängen von den Umständen ab, unter denen Menschen von Umweltereignissen betroffen sind. Opfer von schweren Naturkatastrophen oder Enteignungen haben kaum die Kontrolle darüber, wie und wann sie ihren angestammten Wohnsitz verlassen und wo sie Schutz suchen können. Für die BewohnerInnen vieler Regionen in Entwicklungsländern ist Mi-

gration der einzige Ausweg, sich an schwerwiegende Umweltveränderungen, beispielsweise Dürren oder Überschwemmungen, anzupassen. Diese Migration ist jedoch eher ein temporäres Phänomen und findet im regionalen und nur selten im transnationalen Kontext statt. Allmähliche Umweltveränderungen legen hingegen nahe, Auswanderung als eine Antwort auf den Klimawandel zu betrachten.

Nicht jede Katastrophe führt automatisch zur Auswanderung oder Vertreibung. Statistische Recherchen zeigen, dass Klimaereignisse zu Katastrophen werden, wenn sie in bevölkerungsreichen Regionen stattfinden, in denen viele Menschen in prekären Wohnsituationen leben und dadurch verwundbar sind. Die aktuell bekanntesten Fälle sind die Dürrekrisen im Sudan, Südsudan, in Äthiopien oder Syrien. Die Überschwemmungen in Pakistan, den Philippinen oder in Bangladesch sind ebenfalls eindrucksvolle Beispiele. Die größten Wanderungsbewegungen infolge von Klimaveränderungen werden in Ländern und Regionen wie Pakistan, Westafrika, dem Horn von Afrika oder jenen Inselstaaten⁴, die besonders stark vom Klimawandel betroffen sind, erwartet.

Das Ausmaß des Schadens, der durch den Klimawandel verursacht wird, fällt je nach Region, Sozialstatus oder Einkommensniveau unterschiedlich aus. Zugleich

4 „Zu der Allianz der kleinen Inselstaaten (AOSIS) gehören 44 Staaten, sowohl Inseln als auch Länder mit Küstenregionen, die in vergleichbarer Weise vom Klimawandel betroffen sind. Die Mitglieder der Allianz machen fünf Prozent der Weltbevölkerung aus.“ (eigene Übersetzung nach URL: <http://aosis.org/about/> (letzter Abruf: 30.5.2016))

sind dies die Faktoren, die darüber entscheiden, ob Betroffene auswandern oder bleiben. ExpertInnen waren schon lange davor, dass der Klimawandel in den nächsten Jahren die bereits bestehenden Migrationsbewegungen – insbesondere in den Entwicklungsländern – verschärfen wird. Nach neusten Schätzungen mussten schon bis zu einer Milliarde Menschen infolge von Klimaveränderungen ihre Heimat verlassen (KNO-MAD 2016). Während Wüstenbildung oder Dürre die einen zu Flucht und Auswanderung zwingen, sind es Überflutung, Küstenerosion oder der Anstieg des Meeresspiegels für die anderen. Der größte Teil der Migrationsbewegungen infolge von Umweltveränderungen findet national bzw. regional begrenzt und seltener über nationale Grenzen hinweg statt. „Wenn Menschen ihre Heimat aufgrund der unmittelbaren Folgen des Klimawandels verlassen, dann bewegen sie sich meist innerhalb ihrer Heimatländer oder zwischen den Nachbarländern. Man spricht deshalb auch von „trapped populations“ [„gefangene Bevölkerung“, Anm. d. Red.] (DIE 2015). Nichtsdestotrotz ist die zunehmende Migration aus Afrika über das Mittelmeer nach Europa unter anderem auch eine Folge von tiefgreifenden Umweltveränderungen in der Sahelregion und Subsahara-Afrika (Werz/Conley 2012). Die Menschen sehen sich zu Migration gezwungen, weil sie sich nicht mehr ernähren können und deshalb ihr Überleben nicht mehr gewährleistet ist.

Die Fragilität Afrikas ist die Folge einer Kombination mehrerer Faktoren: Hierzu zählen unter anderem extreme Armut, häufige Naturkatastrophen, wie Dürren und Überschwemmungen, Bevölkerungswachstum und Landwirtschaftssysteme, wie Viehzucht und Nahrungsmittelproduktion, die sehr stark von Regenfall abhängig sind sowie staatliche Strukturen, die diesen Herausforderungen nicht angemessen begegnen können. Die Verbindung zwischen Klimawandel und Migration ist komplex und kann nur im Zusammenwirken mit anderen Ursachen, wie ethnischen oder religiösen Konfliktsituationen, demographischen oder Wirtschaftskrisen verstanden werden.

Verteilungskämpfe und Zugang zu Ressourcen

Bis 2030 wird die Anzahl der Menschen, die in Trockengebieten in Westafrika leben, um 65 bis 80 % steigen, so die Schätzungen der Weltbank. Alarmierend ist auch, dass infolge des Klimawandels der Anteil der Fläche, die als Trockenland eingestuft wird, um mindestens 20 % wachsen wird (World Bank 2016). Der Zwang zur Migration und Vertreibungen werden in Afrika zunehmen. Besonders stark betroffen sind mehr als 300 Mio. Menschen, die in Trockengebieten im Westen und Osten Afrikas leben.

In Westafrika sprechen US-amerikanische MigrationsforscherInnen von einem Spannungsbogen (arc of tension), der das Zusammenwirken zwischen Klimawandel, politischer Instabilität und Migration entlang der vier Länder Nigeria, Niger, Algerien und Marokko beschreibt (Werz/Conley 2012). Diese vier Länder, teilweise verbunden durch die Sahara, wurden von SicherheitsexpertInnen bisher eher selten als eine geopolitische Konfliktregion angesehen. Erst durch die neue Migrationskrise versteht man allmählich, dass der Klimawandel Auslöser für weitere Krisen ist. Es ist abzusehen, dass sich der Verteilungskampf um immer knapper werdende Ressourcen in Zukunft zuspitzen wird.

Viele Menschen in Westafrika sind Kleinbäuerinnen und Kleinbauern und besonders abhängig von der landwirtschaftlichen Produktion. Naturressourcen sichern ihre Ernährung. Fischerei und Landwirtschaft werden jedoch auch infolge von Umweltveränderungen so stark beeinträchtigt, dass es manchmal kaum noch möglich ist, sich an die neuen Bedingungen anzupassen. Saisonale Arbeitsmigration innerhalb der Region ist deshalb weit verbreitet.

Klimawandel und Umweltzerstörung haben zu einer Veränderung der traditionellen Migrationsrouten von ViehzüchterInnen und zu einer generellen Zunahme von Migration geführt. Es gibt Anzeichen, dass die gegenwärtige Krise in Darfur, im Westen des Sudans, eine Folge der Konflikte zwischen ViehzüchterInnen und LandwirtInnen ist, die sich durch die Dürrekatastrophe verschärft haben. Knappe Ressourcen führen häufig zu Konflikten, die auch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen werden können. Eine ähnliche Dynamik, wie in Darfur, ist in der Sahelregion, im Norden Nigerias, zu beobachten. Hier haben ViehzüchterInnen ihre Herden aus den von der Dürre betroffenen Regionen in Tschad und Niger weiter in den Süden nach Nigeria getrieben. Dabei sind viele Anbauflächen der dort ansässigen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in Mitleidenschaft gezogen oder gar zerstört worden. Der Konflikt um Wasser hat sich zwischen ViehzüchterInnen und LandwirtInnen verschärft (McLeman 2011). Ähnliche Auseinandersetzungen existieren im Norden von Kenia, in Äthiopien, Somalia und Uganda. In Ostafrika, einer Region mit durchlässigen Grenzen, können die zunehmenden Konflikte um knapper werdendes Land kaum verhindert werden. Den Regierungen fehlt es an Ressourcen und Personal, um die Auseinandersetzungen konstruktiv zu überwinden.

Die wirtschaftlichen und politischen Folgen von klimatisch bedingten Umweltveränderungen sind schwerwiegender als angenommen. Ein Beispiel ist der Krieg in Syrien, der als Folge einer ganzen Reihe von inein-

andergreifenden Entwicklungen zu sehen ist. Im Fokus der Öffentlichkeit stand zwar der Protest gegen das Al Asad-Regime, aber neben den bekannten religiösen, ethnischen und wirtschaftlichen Hintergründen spielten auch Umweltfaktoren eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Reaktionen der Politik

Große Summen öffentlicher Gelder werden von den afrikanischen Regierungen und den internationalen

Entwicklungshilfeorganisationen investiert, um kurzfristige Antworten auf die humanitären Katastrophen infolge des Klimawandels zu geben. 2011 wurden geschätzte 4 Mrd. US-Dollar für humanitäre Hilfe in der Sahelregion und am Horn von Afrika ausgegeben – ca. 10 % der gesamten Entwicklungshilfe (World Bank 2016). Das geht vielfach zu Lasten von Leistungen, die für langfristige Entwicklungsmaßnahmen notwendig wären, um dem Klimawandel in der Region zu begegnen.

► 3.5 Krieg und Gewalt als Ursachen für Flucht

Ein Großteil der Flüchtlinge kommt aus fragilen Staaten, Kriegsgebieten und Konfliktregionen. Die meisten von ihnen bleiben in ihrer Region, da sie sich die Reise nach Europa, bei der sie möglicherweise auf Schlepper angewiesen wären, finanziell nicht leisten können. Gegenwärtig sind es besonders SyrerInnen und EritreerInnen, die flüchten müssen und in einem anderen Land, beispielsweise in Deutschland, Schutz suchen.

In fragilen Staaten können in Teilen des Landes oder im gesamten Staatsgebiet die öffentliche Sicherheit nicht gewährleistet und Bildung, Gesundheit, wirtschaftliche Entwicklungschancen, Rechtsordnung und -sprechung sowie Umweltschutz nicht bereitgestellt werden. Fundamentale Infrastruktur oder Kommunikationseinrichtungen fehlen. In diesem Vakuum übernehmen Guerilla- und Rebellenbewegungen, Stammesfürsten, Warlords, religiöse Führer oder Dorfälteste die Macht. Kurz: Offizielle Strukturen werden

zunehmend unterwandert und ausgehöhlt und der Prozess des Zerfalls schreitet voran (Mair 2004).

SyrerInnen stellen momentan die größte Gruppe der Geflüchteten dar. Millionen sind auf der Flucht vor dem brutalen Religions- und Bürgerkrieg, der im Land herrscht. Die Meisten aber bleiben im Land oder in der Region, viele nehmen auch den Weg nach Europa auf sich, sei es über Land oder über das Mittelmeer.

Im Vergleich zu Syrien, einem Kriegsgebiet und zerfallenen Staat (failed state), ist Eritrea zwar relativ stabil – aber der Preis der „politischen Stabilität“ ist hoch: In Eritrea herrscht seit 1993 der Diktator Isaias Afwerki, das gewählte Parlament ist faktisch inaktiv, die Verfassung von 1997 ist niemals in Kraft getreten und eine Opposition ist nicht vorhanden. Regimekritiker und Oppositionelle werden ohne ein rechtstaatliches Verfahren verhaftet und an geheimen Orten in Isolationshaft festgehalten (Europäisches Parlament 2016). Reporter ohne Grenzen attestiert Eritrea im achten Jahr in Folge den schlechtesten Zustand für Pressefreiheit und journalistisches Arbeiten weltweit. Damit liegt Eritrea noch hinter Nordkorea (Reporter ohne Grenzen 2015). Die eritreische Wirtschaft und Politik werden nach wie vor vom Grenzkonflikt mit Äthiopien bestimmt. Für die Bevölkerung bedeutet dies eine weitreichende Militarisierung der Gesellschaft. Der Wehrdienst ist in Eritrea für alle Menschen im Alter zwischen 18 und 50 Jahren eine nationale Dienstpflicht (Europäisches Parlament 2016). Um das ethnische und nationale Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken, müssen die Wehrdienstleistenden zwischen ihren Einsatzorten rotieren. Sie sind über lange Phasen fernab ihrer Heimattorte. Solange sie den nationalen Wehrdienst leisten müssen, können die Menschen nur sehr eingeschränkt eigenen produktiven Tätigkeiten nachgehen. Wer sich dem Wehrdienst entzieht und außer Landes flüchtet, begeht Landesverrat (Amnesty International 2015).



Syrische Geflüchtete in libanesischem Flüchtlingslager, Foto: UNHCR Refugee Agency/Flickr.com

Bereits seit Jahren suchen vom Klimawandel bedingte Dürren das Horn von Afrika heim. Die landwirtschaftliche Produktion leidet sehr darunter. Selbst in guten Jahren können die landwirtschaftlichen Klein- und Kleinstbetriebe nur annähernd 60 % der benötigten Nahrungsmittel produzieren. Die EritreerInnen werden durch Wehr- und Arbeitsdienste, die willkürlich lange dauern können, davon abgehalten, in ihren eigenen landwirtschaftlichen Betrieben zu arbeiten und für ihr Auskommen Sorge zu tragen. Viele EritreerInnen, vor allem Kinder, leiden unter Mangelernährung und Hunger. Der Staat kann dem nur wenig entgegenwirken, fließen die Ressourcen doch größtenteils in den Verteidigungshaushalt (Europäisches Parlament 2016).

Der eritreische Staat hält durch systematische Abwertung der Landeswährung und starke Devisenkontrolle die Kaufkraft künstlich niedrig und beschränkt die Bargeld-Verfügbarkeit an Geldautomaten. Große Teile der Bevölkerung sind deshalb von den Rücküberweisungen von ausgewanderten Familienangehörigen abhängig (UNO-HRC 2015).

Eine legale Ausreise ist kaum möglich – der verpflichtende Wehrdienst bindet die Menschen an das Land – weshalb sich ein feines Netz organisierter Schleuserkriminalität gebildet hat. Die, die es sich leisten können, versuchen zu fliehen – jeden Monat sind das ca. 5.000 Personen. Zu Fuß oder mit Pick-Ups geht es in den Sudan und von dort weiter durch die Sahara nach Libyen. Die Route durch die Sahara ist sehr strapaziös und gefährlich. Menschenhandel und Entführungen in die Sklaverei oder um Lösegeld zu erpressen, sind keine Seltenheit (Europäisches Parlament 2016).

In Libyen angekommen, warten Hunderttausende von Menschen auf die Überfahrt nach Europa. Viele warten Monate, einige Jahre lang und manche werden in Libyen bleiben. Die Herkunft entscheidet darüber, wie viel man für die Fahrt über das Mittelmeer zahlen muss. Bei SyrerInnen setzen die Schleuser eine größere Zahlungskraft voraus als beispielsweise bei EritreerInnen. Während SyrerInnen sich oftmals sicherere oder größere Boote leisten oder an Deck der Boote sein können, müssen die meisten EritreerInnen mit kleinen, überfüllten und schwerlich noch seetauglichen Booten vorlieb nehmen und werden im Schiffsrumpf eingepfercht.

Selbst nachdem sie ihr Land verlassen haben, den Sudan, Libyen und das Mittelmeer durch- und überquert haben und irgendwann in Europa angekommen sind, sind eritreische Flüchtlinge häufig nicht in Sicherheit. Es wird berichtet, dass im Bundesamt für Migration



Flüchtlinge auf dem Mittelmeer,
Foto: CAFOD Photo Libraby/Flickr.com

und Flüchtlinge (BAMF) regimetreue eritreische DolmetscherInnen arbeiten und sowohl die Aussagen der Geflüchteten bei den deutschen Behörden verfälschen, als auch sensible Informationen an die Regierung in Asmara weitergeben. Familienangehörige der Geflüchteten müssen fürchten, erpresst und terrorisiert zu werden. Von allen Exil-EritreerInnen werden jährliche Steuerabgaben in Höhe von 2 % des Einkommens verlangt. Diese Gelder sollen als sogenannte Aufbausteuer der Infrastruktur im Land zu Gute kommen. Leistet man diese Zahlungen nicht, ist es unmöglich, in Eritrea ein Erbe anzutreten, ein Grundstück zu kaufen oder eine Geburtsurkunde ausgestellt zu bekommen (Europäisches Parlament 2016). Die eritreische Regierung hält die geflüchteten Landsleute weiterhin in einem bürokratischen Würgegriff. Das auf diese Weise erpresste Geld dient dazu, das diktatorische Regime zu unterstützen und finanziell aufrechtzuerhalten. Wie fast alle Ressourcen, fließt auch diese Summe überwiegend in den Verteidigungshaushalt. Bis 2011 wurden die Zahlungen direkt in der eritreischen Botschaft in Deutschland geleistet, dann wurde diese Praxis auf Druck der Bundesregierung beendet. Nun muss die Steuer in Eritrea selbst entrichtet werden. Die Problematik hat sich nicht gelöst, sondern lediglich verschoben. Die eritreische Regierung veröffentlicht zwar weder ihren Haushalt noch ihre Wirtschaftsdaten, jedoch ist klar, dass die eritreische Regierung existenziell auf die Einkünfte aus der Aufbausteuer angewiesen ist.

Reaktionen der internationalen und deutschen Entwicklungspolitik

Noch bis vor Kurzem hat die deutsche Außenpolitik keine nennenswerten Verbindungen zum diktatorischen Regime in Eritrea unterhalten, doch nun, da von dort besonders viele Menschen nach Europa flüchten, hat sich das entwicklungspolitische Blatt gewendet. Nachdem die Entwicklungszusammenarbeit zwischen Eritrea und Deutschland 2007 eingestellt wurde, findet nun eine gewisse Annäherung statt. Im Kontext der Flucht- und Migrationsursachenbekämpfung reiste der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Gerhard Müller Ende 2015 für eine Sondierungsreise nach Eritrea⁵. Nun unterzeichnete die EU mit der eritreischen Regierung ein Programm zur Förderung erneuerbarer Energien und des Ausbaus

und der Entwicklung politischer Kompetenzen und Kapazitäten (capacity building) in Höhe von 200 Mio. Euro (Europe External Policy Advisors 2016). Diese Unterstützung scheint von der Annahme motiviert zu sein, die Menschen flüchteten nur vor Armut und Hunger. Die Fluchtursachen sind aber auch hier vielfältig. Sowohl die durch den Klimawandel bedingten, langanhaltenden Dürren als auch das Misswirtschaften des Staates haben schwerwiegende Folgen für die eritreische Subsistenzwirtschaft. Tatsächlich flüchten EritreerInnen aber auch vor Menschenrechtsverletzungen, Folter, Verfolgung, Zwangsarbeit etc. – vor der diktatorischen Schreckensherrschaft im Land. Es darf deshalb bezweifelt werden, ob Entwicklungsfonds an eine diktatorische Regierung wirklich dazu beitragen, die Strukturen vor Ort und damit die grundlegenden Ursachen für Flucht und Migration zu verändern.

4 Rücküberweisungen und Migration

Lange Zeit wurde die Bedeutung von Rücküberweisungen als wichtiger Entwicklungsfaktor in Rahmen der Migrationsforschung verkannt. Dies hat sich geändert, seit der wirtschaftliche Gewinn deutlich geworden ist, den die Herkunftsländer aus dem Geldtransfer erzielen, welchen MigrantInnen von ihren neuen Standorten aus veranlassen. Im Jahr 2015 betrug der Wert von Rücküberweisungen in Entwicklungsländer 432 Mrd. US-Dollar – im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einem Zuwachs von 0,4 %. Seit der weltweiten Finanzkrise ist das jedoch, verglichen mit den Vorjahren, die geringste Wachstumsrate, die verzeichnet wurde.

Bisher sind die Rücküberweisungen von Industrieländern in die Herkunftsländer der MigrantInnen recht kostspielig. Durchschnittlich 8 % des Transferbetrags wird von der Bank einbehalten. Möchte man Geld in die Subsahara-Region verschicken, kann das sogar bis zu 12 % des Betrags kosten (Ratha et al. 2016:5). Der Markt der Geldtransferinstitute ist klein, was anderen AnbieterInnen den Eintritt erschwert: Die Preise bleiben hoch. Die Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDG) und der im November von der EU verabschiedete Notfall-Treuhandfonds für Afrika sehen vor, die Kosten für Rücküberweisungen bis 2030 auf mindestens 3% und maximal 5% zu senken (EC 2015). So würden mehrere Milliarden Dollar nicht in den Kanälen von Geldtransferunternehmen verschwinden, sondern bei den Familien ankommen, für die die Rücküberweisungen bestimmt sind. Auch digitale Lösungen wären effektiver und würden das Geld zielgerichteter zu den EmpfängerInnen bringen. Das Beispiel von M-Pesa verdeutlicht, wie durch digitale Lösungen die Kosten für transnationale Geldüberweisungen gesenkt werden können.

Rücküberweisungen

„Haushaltseinkommen von ausländischen Volkswirtschaften, die vorwiegend aus der vorübergehenden oder dauerhaften Migration von Menschen in entsprechende Volkswirtschaften entstehen. Rücküberweisungen umfassen Barmittel und Überweisungen, die sowohl über formelle Wege wie Onlineüberweisungen oder über informelle Wege, also in Form von Bargeld oder Gütern, über Grenzen transportiert wird“ (eigene Übersetzung nach OECD 2014).

⁵ URL: https://www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2015/dezember/20151214_pm_102_Fluchtursachen-bekaempfen-neue-Perspektiven-eroeffnen-Bundesminister-Mueller-in-Aegypten-und-Eritrea/index.html (letzter Abruf: 25.5.16)

Abwicklung von Rücküberweisungen am Beispiel M-Pesa

M-Pesa – gebildet aus dem Kürzel „M“ für „mobil“ und dem Swahili-Wort für Bargeld „Pesa“ – wurde von der kenianischen Mobilfunkfirma Safaricom in Kooperation mit Vodafone entwickelt, 2007 in Kenia eingeführt und ist mittlerweile auch in Afghanistan, Tansania, Südafrika, auf den Fidschi-Inseln, in der DR Kongo, in Indien, Mosambik, Lesotho, Ägypten, Rumänien und Albanien verbreitet. Mit M-Pesa können grundlegende Funktionen des Geldtransfers und des bargeldlosen Zahlungsverkehrs über Mobiltelefone abgewickelt werden, ohne dass dafür ein reguläres Bankkonto – was sehr viele Menschen in den Anwendungsregionen nicht haben – benötigt würde.

Insbesondere auf der Reise und in ländlichen Gebieten, in denen Geldautomaten und Banken rar sind, ist das eine praktische und sichere Lösung. Mit dem Handy-Guthaben kann man in ausgewählten Supermärkten, Kiosken, Internetcafés etc. bargeldlos bezahlen, aber auch Geld an andere Personen verschicken. Von Deutschland aus kann man beispielsweise via MoneyGram auf das M-Pesa Konto eines kenianischen Handys Geld versenden. Via M-Pesa werden allerdings nur 2% der weltweiten Rücküberweisungen getätigt (Infos unter: www.geldtransfer.de).

► 4.1 Nord-Süd-Komponente

Rücküberweisungen sind der vielleicht wichtigste wirtschaftliche Beitrag der internationalen Migration sowohl für die Herkunfts- als auch für die Zielländer. Die meisten Rücküberweisungen weltweit kommen aus Industrieländern. 2014 erfolgten aus den USA Geldtransfers im Wert von mehr als 56 Mrd. US-Dollar von MigrantInnen in ihre Herkunftsländer. Auch aus Saudi-Arabien, Russland, der Schweiz, Deutschland und den Vereinigten Arabischen Emiraten sind starke Rücküberweisungsflüsse in die Herkunftsländer der MigrantInnen zu vermerken. Die Rücküberweisungen aus dem Globalen Norden fließen stetig. Die Zahlungen sind jedoch häufig abhängig von der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in den jeweiligen Gastländern. Dass sich die US-amerikanische Wirtschaft wieder erholt hat, spiegelt sich auch in der Höhe der Rücküberweisungen nach Mexiko und in weitere Staaten Mittelamerikas wieder (KNOMAD 2016). Anders dagegen die Entwicklung in Russland: Anhand der Rücküberweisungen in die ehemaligen GUS-Staaten, die stark abhängig vom Ölpreis sind, wird sichtbar, wie abhängig Höhe und Frequenz der Rücküberweisungen von fallenden Ölpreisen und dem Wert des Rubels sind. In den Öl exportierenden Golf-Staaten, wo die jeweiligen Landeswährungen an den US-Dollar gebunden sind, hatte der Sinkflug des Ölpreises dagegen keine sonderlich große Auswirkung auf die Höhe und Frequenz der Rücküberweisungen. Auch 2015 nahmen die Rücküberweisungen aus Saudi-Arabien und Qatar, woher die Hälfte der Rücküberweisungen kommt, um bis zu 7 % zu. Vor allem die nordafrikanischen Länder

und Staaten des Mittleren Osten, allen voran Ägypten, konnten davon profitieren. Sinken die Ölpreise künftig jedoch weiter, werden davon über kurz oder lang auch die Rücküberweisungen aus den arabischen Golfstaaten nicht unberührt bleiben und wohl sinken (Factbook 2016). An Indien ging die Finanzkrise – zumindest was die Höhe der Rücküberweisungen angeht – scheinbar spurlos vorbei: 2014 schickten MigrantInnen 70 Mrd. US-Dollar zurück in ihr Herkunftsland Indien und ein Jahr später, 2015, waren es noch 69 Mrd. US-Dollar. Darauf folgen China mit 64 Mrd. US-Dollar, die Philippinen mit 28 Mrd. US-Dollar, Mexiko mit 25 Mrd. US-Dollar und Nigeria mit 21 Mrd. US-Dollar an erhaltenen Rücküberweisungen (KNOMAD 2016).

Einerseits beeinflussen wirtschaftliche Faktoren die Höhe und Frequenz von Rücküberweisungen in die Herkunftsländer der MigrantInnen, andererseits verändern Naturkatastrophen, wie das Erdbeben in Nepal oder Epidemien wie Ebola, die Dynamik der Rücküberweisungen. Sofern es die Infrastruktur vor Ort ermöglicht, Geld zu verschicken und abzuheben, wird in solchen Ausnahmesituationen mehr Geld in die Herkunftsländer geschickt – ungeachtet der wirtschaftlichen und finanziellen Situation der MigrantInnen in den Ländern, aus denen Rücküberweisungen getätigt werden. Anhand der Erdbeben in Nepal im Frühling 2015 ist diese Entwicklung eindrucklich nachzuvollziehen (Factbook 2016).

► 4.2 Süd-Süd-Komponente

Süd-Süd-Migration, also Migration zwischen zwei Ländern des Globalen Südens, findet meist zwischen Nachbarländern statt. Meist herrscht in diesen Ländern ein relativ vergleichbares Lohnniveau. Nach Schätzungen der World Bank erfolgten 2005 zwischen 10 % und 29 % der weltweiten Rücküberweisungen zwischen Ländern des Globalen Südens (World Bank 2007). Gegenüber Nord-Süd-Rücküberweisungen ist das zwar eine unerhebliche Menge, aber auch kleine Summen können Großes bewirken.

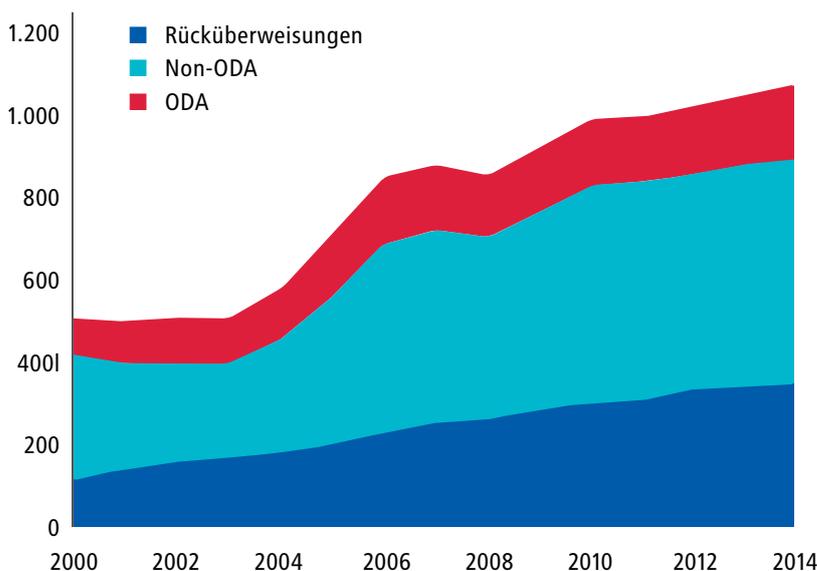
Süd-Süd-Rücküberweisungen sind noch teurer als Nord-Süd-Rücküberweisungen. Ursachen sind der fehlende Wettbewerb in der Branche und schlecht entwickelte Banken- sowie Finanzstrukturen in den Regionen (World Bank 2007).

Rücküberweisungen und öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA)

Rücküberweisungen sind beständiger als Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit. Die Welt-

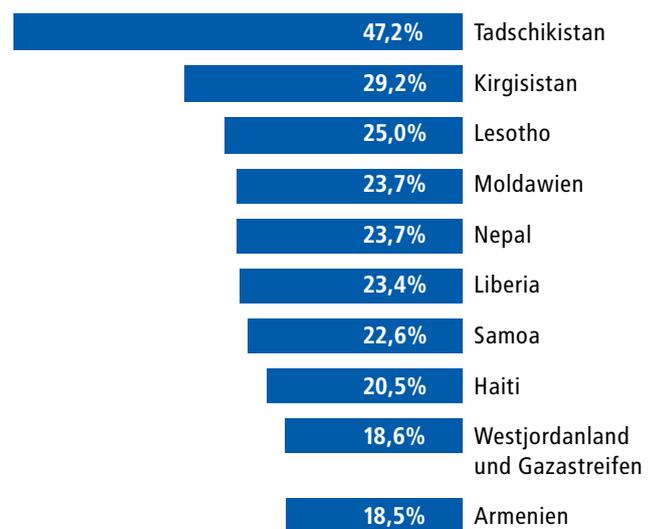
bank rechnet 2016 mit Rücküberweisungen im Wert von 459 Mrd. US-Dollar und 2017 in Höhe von 479 Mrd. US-Dollar (World Bank 2015). Den vielfältigen Formen von Rücküberweisungen spricht man entwicklungsfördernde Wirkungen zu. Die Beträge der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit sind demgegenüber verschwindend gering: Der Anteil der ODA an den gesamten externen Ressourcen von Entwicklungsländern ist von 20 % im Jahr 2000 auf 14 % (2012) gesunken. Der Anteil von Rücküberweisungen stieg dagegen in derselben Zeit von 29 % auf 37 % (OECD 2014). Für 2016 sind 120 Mrd. US-Dollar an ODA geplant. Diese Zahlen müssen allerdings mit Vorsicht behandelt werden. Genauso wie bei ODA landet auch bei Rücküberweisungen nicht der gesamte Betrag in den EmpfängerInnenländern. In vielen Ländern gehen die Entgelte, die GastarbeiterInnen erwirtschaften, als Rücküberweisung in die Statistiken ein, ungeachtet der Tatsache, dass ein beträchtlicher Teil zum Leben im Gastland ausgegeben wird.

Abb. 2a: Anteile der öffentlichen und der nicht-öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit sowie der Rücküberweisungen in Mrd. US-Dollar



Quelle: DAC Statistik und Worldbank 2014

Abb. 2b: Die zehn Länder, die am meisten von Rücküberweisungen profitieren (als Anteil des BIPs 2014)



Quelle: DAC Statistik und Worldbank 2014

► 4.3 Positive und negative Auswirkungen

Besonders für kleine EmpfängerInnenländer machen die Rücküberweisungen einen maßgeblichen Teil des Bruttoinlandsproduktes (BIP) aus (s. Abb. 2b). Dies ist beispielsweise in Gambia oder Lesotho der Fall (World Bank 2015). In fragilen Staaten wie Somalia und Liberia sind die Rücküberweisungen besonders wichtig, sie haben einen enormen Stellenwert, denn sie machen dort einen Großteil des BIP aus und unterstützen Wiederaufbau und Entwicklung maßgeblich (World Bank 2015). Große und vor allem wirtschaftlich stärkere Länder sind entsprechend unabhängiger von den Rücküberweisungen ihrer Diasporabevölkerung. In Ländern, die stark von Schwankungen von Rohstoffpreisen betroffen sind, üben Rücküberweisungen eine wichtige Rolle zur Stabilisierung der Zahlungsbilanz aus.

Außerdem spielen Rücküberweisungen eine große Rolle für die Privathaushalte in den Herkunftsländern, eröffnen neue Bildungschancen, verringern die Armut und führen zu Verbesserungen in der Gesundheitsversorgung. Migration bietet somit Potentiale für die Herkunftsländer der MigrantInnen und fördert dort die lokale Wirtschaft und Infrastruktur.

Auch sind vermehrt Rückwanderungen von MigrantInnen aus dem Globalen Norden zurück in ihre Herkunftsländer zu beobachten. Ihre neu erworbenen Kompetenzen und Kenntnisse können eine Bereicherung für die Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft der Herkunftsländer bedeuten (Castles 2014). Der Zusammenhang zwischen Rücküberweisungen

und sogenanntem „brain drain“ (Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften) kann jedoch auch negative Auswirkungen auf die Herkunftsländer haben. Qualifizierte Arbeitskräfte verlassen ihre Herkunftsländer im Globalen Süden und hinterlassen eine entscheidende Lücke, die sich negativ auf den Transformationsprozess dieser Länder auswirkt. Migration kann auch „brain waste“ verursachen: Die Qualifikationen von Migranten, die diese aus ihrem Herkunftsland mitgebracht haben, werden im Zielland nicht anerkannt. Migranten dürfen dann ihren erlernten Beruf nicht ausüben. Aus diesem Grund sollten Strukturreformen zu einer allgemeinen Verbesserung der Situation in den Herkunftsländern weiterhin die höchste Priorität haben (Burki/Mordasini 2009).

Es muss festgehalten werden, dass Rücküberweisungen nicht die öffentliche Entwicklungshilfe ersetzen können. Genauso wenig wie sie ein Ersatz für Handelsbeziehungen oder Investitionen sein können. In Ländern, in denen Rücküberweisungen einen beträchtlichen Anteil am BIP ausmachen, können sie sogar negative Auswirkungen haben. Durch eine unverhältnismäßige und zu starke Aufwertung der einheimischen Währung werden die volkswirtschaftlichen Bedingungen vor Ort verzerrt. Durch die daraus entstandene Inflation werden insbesondere die Familien, die keine Rücküberweisungen erhalten, benachteiligt.

5 Migration und Entwicklungspolitik

► 5.1 EU-Migrationspolitik

Die Migrationsgeschichten nordafrikanischer Länder sind sehr unterschiedlich. Marokko, Algerien und Tunesien sind seit der gemeinsamen kolonialen Vergangenheit stark mit Frankreich verbunden. Libyen war und ist ein Einwanderungsland und aus Ägypten ist nach wie vor viel Migration in Richtung anderer arabischer Länder zu beobachten. Inzwischen gelten die Maghreb-Staaten und Libyen als Herkunfts- bzw. Transitländer, die südeuropäischen Länder sind zu Ziel- und Transitländern von MigrantInnen geworden.

Bisher hat man die Mittelmeermigration von einer eurozentristischen Perspektive aus betrachtet. Mit den Aufständen des Arabischen Frühlings und dem Bürgerkrieg in Libyen änderte sich das jedoch, denn der EU – und insbesondere Italien – sind somit wichtige PartnerInnen für die Absicherung der EU-Außengrenzen abhandengekommen. In dem Fall ist wichtig zu betonen, dass es nicht irgendwelche EU-Außengrenzen sind, sondern die, die an Länder des Globalen Südens grenzen. Vor allem Aspekte wie die Sicherung von



Kein Mensch ist illegal, Foto: Protest in Bildern/Flickr.com

Grenzen, Fragen nach Asyl und Abschiebung von illegalisierten MigrantInnen – kurz „Migrationskontrolle“ – waren und sind nach wie vor intensiv diskutierte Themen. Fragen nach dem legalen Status von MigrantInnen oder ihren Beschäftigungsmöglichkeiten kommen da nur selten auf (Baldwin 2006). Bislang blieben Fragen über die Ursachen und Gründe von Migration und Flucht als Teil der EU-Rhetorik unter den entwicklungspolitischen Ansprüchen – Armutsbekämpfung, Nachhaltige Entwicklungsziele (SDG) etc. – zurück. Instrumente der EU-Migrationspolitik, wie FRONTEX, NATO-Einsätze, bessere Erkennungstechnologien und Rückführungsabkommen widersprechen der entwicklungspolitischen Rhetorik von Grund auf.

Der Fokus bisheriger EU-Migrationspolitik lag darauf, die illegalisierte Migration zu bekämpfen, ohne die sozio-ökonomische Wirkung der Migration auf dem afrikanischen Kontinent zu bedenken oder zu berücksichtigen. Es wird nun erneut der Versuch unternommen, die Kohärenz zwischen Handels-, Entwicklungs-, Beschäftigungs-, Außen- und Innenpolitik zu ignorieren, um die „Migrationskrise“ in den Griff zu bekommen.

Mit der Agenda für Migration 2015 will die EU kurz- und mittelfristige Lösungen für die „Migrations- und Flüchtlingskrise“ anbieten und hat dafür vier Aktions Ebenen entwickelt (EC 2015)

1. Anreize für irreguläre Migration senken,
2. Sicherung der Außengrenzen,
3. eine starke Asylpolitik und
4. eine neue legale Migrationspolitik entwickeln.

Die bisherige Antwort der EU auf Migrationsprozesse kann jedoch als Fehlschlag betrachtet werden. Sowohl entwicklungs- als auch wirtschaftspolitisch bleiben die Antworten der EU hinter den eigenen Erwartungen zurück. Ein großer Teil der EU-Entwicklungshilfe ist dafür ausgegeben worden, Migrationsflüsse zu lenken. Häufig geschah dies jedoch auf Kosten von Projekten der

Entwicklungszusammenarbeit. Der europäische Dachverband entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen CONCORD warnt, dass die Flüchtlingskrise als Vorwand genutzt werden könnte, um nicht förderungsfähige Ausgaben für MigrantInnen als Leistungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) zu verbuchen. Das ist gemäß der Vorgaben der OECD nicht erlaubt, auch wenn einige Mitgliedsstaaten wie Spanien und Malta dies tun (CONCORD 2015).

Der schwierige Prozess der Konsensfindung

Die Mitgliedsstaaten der EU scheinen derzeit von einer gemeinsamen und kohärenten Migrations- und Flüchtlingspolitik weit entfernt zu sein. Die Interessen einzelner Mitgliedsstaaten liegen so weit auseinander, dass ein Konsens nur schwer vorstellbar scheint. Das Abkommen zwischen der EU und der Türkei ist einer der Versuche, eine Antwort zu finden. Die Türkei weiß genau, wie viel Macht sie in diesen Verhandlungen hat und nutzt die Situation sowohl politisch als auch finanziell (aus). Aber auch die politische Haltung, die die EU bzw. einige Mitgliedsländer der EU einnehmen, ist zu kritisieren. Es ist keine angemessene Reaktion auf eine humanitäre Krisensituation, im Zuge von NATO-Einsätzen, die EU-Grenzen abzusichern, Hotspots einzurichten oder an den Grenzen mit politischer Willkür zu reagieren. Die Notleidenden und Opfer in diesen Verhandlungen sind einmal mehr die Schutz suchenden, flüchtenden Menschen. Die Mitgliedsländer der EU scheinen vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise die eigentlichen Ziele der EU-Entwicklungspolitik, wie im Vertrag von Lissabon festgeschrieben (beispielsweise Armutsbekämpfung), aus den Augen zu verlieren.

Viele afrikanische und nordafrikanische Länder beherbergen derzeit Tausende MigrantInnen und Flüchtlinge. Sie brauchen dabei die Unterstützung der EU. Es geht darum, kurzfristig auf die humanitäre Krise mit der nötigen Hilfe zu reagieren. Langfristige Antworten sind sehr komplex und betreffen neben den Fragen der Außenpolitik auch eine Auseinandersetzung mit den Fragen, die strukturelle Ungleichgewichte weltweit verursachen, beispielsweise die Handels-, Agrar- und Fischereipolitik. Entwicklungszusammenarbeit wird zunehmend als „Lösung“ für das „Migrationsproblem“ angesehen. Dabei zeigt fundierte Recherche, dass Armut nicht der wichtigste Auslöser von Migration ist. Mobilität und Migration stehen in einem komplexen, wechselseitigen Verhältnis zu Entwicklung. Bei der Frage nach der Unterstützung sollten allerdings eher die sozio-ökonomischen Ausgangssituationen der jeweiligen Länder bedacht und geachtet, als sicherheitspolitische Interessen der EU und ihrer Mitgliedsländer verfolgt werden.

► 5.2 Der EU–Notfall-Treuhandfonds für Afrika

Im November 2015 hat die Europäische Union 1,8 Mrd. Euro aus EU-Mitteln zur Bewältigung der grundlegenden Ursachen illegalisierter Migration bereitgestellt. Die Zielregionen des Treuhandfonds erstrecken sich über ein weites und vor allem heterogenes Gebiet. Dazu gehören fragile Staaten, wie der Sudan und Südsudan, Länder mit starken repressiven Strukturen, wie Eritrea oder Länder mit einer sehr hohen Jugendarbeitslosigkeit, wie in der Maghreb-Region (Marokko, Algerien und Tunesien). Die Mittel sollen hauptsächlich aus dem Europäischen Entwicklungsfonds abgezapft werden. Der gleiche Betrag soll zusätzlich von den Mitgliedsstaaten aufgebracht werden, bislang ist jedoch nur ein kleiner Teil der Summe zusammengekommen. Der Treuhandfond wurde mit dem Ziel eingerichtet, die Herkunftsregionen von Flüchtlingen und MigrantInnen zu stabilisieren und die Ursachen illegalisierter Migration in Afrika von Grund auf zu bekämpfen. Auch soll das Geld in den Kampf gegen kriminelle Schleuserbanden fließen. Der Länderfokus des Notfall-Treuhandfonds liegt dabei auf den Regionen, aus denen der Großteil der Flüchtlinge und MigrantInnen nach Europa kommt: die Sahel-Region und die Region um den Tschadsee, das Horn von Afrika und der Norden Afrikas (Europäische Kommission 2015).

Die Diskrepanz zwischen der Theorie ...

In der Theorie sollen Regierungen mit Geld dazu bewogen werden, Migration zu stoppen. Geld, das eigentlich für Entwicklungszusammenarbeit bestimmt ist. Die EU will armutsbedingte Migration verringern und jungen AfrikanerInnen eine Bleibeperspektive in ihrer Herkunftsregion bieten. Die Landesgrenzen sollen besser geschützt und in vielen Ländern eine Gesetzgebung gegen „illegale“ Migration geschaffen werden. Sollten die BürgerInnen dennoch emigrieren und flüchten, erhalten die Staaten, die bei der Rücknahme von Flüchtlingen und der Identifizierung von „illegalen“ MigrantInnen kooperieren, mehr Entwicklungshilfegelder von der EU. Außerdem sollen Informationen bezüglich MigrantInnen und Schleuserkriminalität zwischen den afrikanischen Staaten und der EU intensiver ausgetauscht werden. Gleichzeitig sollen Austauschprogramme für ausgewählte, qualifizierte Studierende und DozentInnen erweitert und „Studienvisa“ erleichtert werden.

In den Wirkungsregionen des Treuhandfonds herrscht extreme Armut. Innere Spannungen und institutionelle Schwächen sind spürbar; Umweltbelastungen und die Folgen des Klimawandels schlagen sich in Lebensmittelkrisen nieder, die vermehrt zu offenen Konflikten, Kriminalität und letzten Endes auch zu erzwungener Migration führen. In Konsultationen mit zum Teil repressiven Regierungen sollten Rechtsstaatlichkeit, die Schaffung von wirtschaftlichen und Bildungsmöglichkeiten und gute Regierungsführung gefördert werden. Der Treuhandfonds sieht vor, das Grenzmanagement zu stärken, um Menschenhandel und -schmuggel zu unterbinden. Außerdem soll in den Herkunftsländern die Rückkehr, Wiederaufnahme und Reintegration von irregulären MigrantInnen, welche nicht unter die Schutzbestimmungen der EU fallen, gestärkt werden (Europäische Kommission 2015). Was diesen Teil der Abmachung angeht, zeigen sich die afrikanischen Regierungen bislang allerdings recht zurückhaltend, können doch die Staaten das Geld, das die MigrantInnen aus Europa schicken, gut gebrauchen. Die EU regiert darauf mit der „more for more“-Haltung – mehr Fördergelder der EU für mehr Kooperation und Verpflichtungen seitens der afrikanischen Partnerländer. Insgeheim wägen die Länder der Afrikanischen Union hier wohl ab zwischen „mehr Fonds“ und „weniger Rücküberweisungen“.

... und der Praxis

In Westafrika ist die Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS (Economic Community of West African States) seit mehreren Jahrzehnten eine bedeutende Institution in der Region. Die ECOWAS befördert die wirtschaftliche und teilweise auch die politische Zusammenarbeit und die Integration der 15 Mitgliedstaaten in der Region. Sie bildet einen gemeinsamen Binnenmarkt mit einer Wirtschafts- und Währungsunion und fördert den freien Personen- und Warenverkehr innerhalb dieser Union. Die visumsfreie Reisefreiheit zu Arbeitszwecken innerhalb der ECOWAS-Region ist im Protokoll festgeschrieben und bildet eine elementare Säule der Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS 1979). Durch die Reglementierungen des Treuhandfonds ist diese Reisefreiheit für temporäre ArbeitsmigrantInnen allerdings stark eingeschränkt worden. Überqueren die MigrantInnen nun auf der Suche nach Weideland, Wasser

⁶ Der Europäische Entwicklungsfonds (EEF), ist das wichtigste Hilfeinstrument der Gemeinschaft im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit mit den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean (AKP-Staaten). Der EEF unterstützt Maßnahmen in Entwicklungsländern und -gebieten zur Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und menschlichen Entwicklung sowie der regionalen Zusammenarbeit.

oder Arbeitsplätzen eine Grenze, ist das illegal. Legale Migration wird erschwert und MigrantInnen werden kriminalisiert. Dies wiederum verstärkt organisierte Kriminalität, Menschenhandel und -schmuggel. Außerdem sind massive Menschenrechtsverletzungen, Inhaftierung und Abschiebung sowie Ausgrenzung, Stigmatisierung und wachsender Rassismus mittlerweile traurige wie gängige Praxis.

Innerhalb der Sahelregion und rund um den Tschadsee bewegen sich 84 % der MigrantInnen Westafrikas. Oftmals sind es ViehhirtInnen, Kleinbäuerinnen und Kleinbauern oder temporäre ArbeitsmigrantInnen, die durch vom Klimawandel hervorgerufene Naturkatastrophen weiterziehen müssen, um ihr Überleben durch Viehzucht oder Subsistenzwirtschaft sichern zu können. Der größte Teil der Migrationsbewegungen bleibt national bzw. regional begrenzt und findet nicht über nationale Grenzen hinweg statt.

Eine zentrale Rolle spielt Niger, das als Transitland ein wichtiger Dreh- und Angelpunkt für Migrationsbewegungen innerhalb der Region sowie in Richtung Mittelmeer ist. Hier wären EU-Mittel besonders sinnvoll, um bereits bestehende Maßnahmen zu ergänzen und zu unterstützen. Die Ausgangssituation ähnelt der am Horn von Afrika, wo große Flüchtlingsströme aus der Region aufeinandertreffen und sich bündeln. Einerseits befinden sich die meisten afrikanischen Binnenvertriebenen (IDP) in dieser Region, andererseits gehören die Länder am Horn von Afrika – und unter ihnen besonders Eritrea – zu den Herkunftsländern der meisten Geflüchteten und MigrantInnen, die in Europa ankommen.

Bewertung

Um die Maßnahmen des Treuhandfonds umsetzen zu können, muss die EU Kooperationen mit den afrikanischen Partnerregierungen eingehen. In nicht wenigen Fällen handelt es sich bei diesen Regierungen um

diktatorische Regime und um Länder, in denen Menschenrechte systematisch verletzt werden. Gelder der Entwicklungszusammenarbeit, die für die Stärkung der Zivilgesellschaft und menschenwürdige Arbeitsbedingungen ausgegeben werden sollten, werden stattdessen in die Finanzierung des Grenzschutzes oder die Aufrechterhaltung diktatorischer Regime investiert. Als Beispiel dient Mauretanien: Von 2005 bis 2010 investierten dort die EU und besonders der spanische Staat rund 20 Mio. Euro in Projekte zur sogenannten Migrationssteuerung – nur ein sehr kleiner Teil des Budgets, nämlich 160.000 Euro, floss in zivilgesellschaftliche Projekte.

EU-Maßnahmen wie der Notfall-Treuhandfonds fungieren wie politische Türsteher. Statt grundlegende Schwierigkeiten zu beseitigen, die in vielen afrikanischen Ländern zu Flucht und Migration führen, wird nur oberflächlich ‚geflickt‘. Statt struktureller Veränderung vor Ort, liegt der Schwerpunkt auf der Eindämmung von Migration. Die Bundesregierung unterstützt die UN-Institutionen – engagierte lokale Nichtregierungsorganisationen erhalten dagegen kaum Unterstützung. EU-Entwicklungshilfe wird an Rücknahmebedingungen und problemlose Rückführung geknüpft. Statt die Gelder aus EU-Mitteln in Entwicklungszusammenarbeit zu investieren, wird damit die Sicherung der EU-Außengrenzen in den Globalen Süden verschoben.

Die afrikanischen Länder, die originär nicht Herkunftsländer von MigrantInnen, aber auch von Entwicklungshilfe abhängig sind, werden hier nicht beachtet und weder gefördert noch unterstützt. Nach wie vor wird eine Politik der Nationalgrenzen praktiziert. Angesichts globalpolitischer Problematiken wie Flucht und Migration ist dieser Rahmen aber zu klein. Um nachhaltig und auf Augenhöhe Änderungen zu bewirken, müsste eine transnationale Politik-Perspektive eingenommen werden.

► 5.3 Migration und die Agenda 2030

Bereits in der Vergangenheit war internationale Migration ein zentrales Thema bei zahlreichen Gipfeln der UNO. In diesem Kontext ist das Aktionsprogramm erwähnenswert, das im Rahmen der Bevölkerungs- und Entwicklungskonferenz 1994 übernommen und 2014 ausgeweitet wurde. Obwohl sich die Bündnispartner des Aktionsprogramms über die Wichtigkeit des Themas Migration einig waren, wurde es dennoch nicht in die Reihe der Millenniumsentwicklungsziele (Mil-

lennium Development Goals, MDG) aufgenommen. Im Gegensatz zu den MDG haben Migration und Flucht in den Nachhaltigkeitszielen (SDG) der Agenda 2030 eine explizite Erwähnung gefunden. Die SDG umfassen 17 Ziele zur Armutsbekämpfung und Nachhaltigkeitsförderung. Es gibt allerdings kein globales Ziel, das sich explizit und ausschließlich den Themen Migration und Flucht widmet. An drei Stellen findet das Thema in der Agenda 2030 allerdings Erwähnung:

1. In der Erklärung der Agenda 2030: „Wir werden auf internationaler Ebene zusammenarbeiten, um eine sichere, geordnete und reguläre Migration zu gewährleisten, bei der die Menschenrechte uneingeschränkt geachtet werden und MigrantInnen, ungeachtet ihres Migrationsstatus, Flüchtlinge und Binnenvertriebene eine humane Behandlung erfahren.“ (UNO 2015:9)
2. Von den 17 Zielen beziehen sich sieben explizit auf Fragen von Migration. Mindestens zehn der insgesamt 169 Zielfelder beziehen sich direkt auf das Thema Migration, internationale MigrantInnen und Mobilität.
3. Indirekt steht Migration in Verbindung mit Themen wie Bildung, Gesundheit und menschenwürdige Arbeit und findet dementsprechend in den Zielen zu diesen Themen Eingang in die Diskussion.

Schaut man sich die Agenda 2030 genau an, werden die multidimensionalen Zusammenhänge von Migration deutlich. Die Mitgliedstaaten werden ermuntert, die internationale Zusammenarbeit zu stärken, um eine sichere und geregelte Migration garantieren zu können. Die Vulnerabilität von MigrantInnen und intern Vertriebenen wird in diesem Zusammenhang besonders hervorgehoben.

Der Schutz von Arbeitsrechten für alle ArbeitnehmerInnen – einschließlich der MigrantInnen – steht im Mittelpunkt des achten Ziels. Insbesondere für Frauen und Menschen, die in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, soll die Agenda zu einer Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebenssituation führen. Der universelle Charakter der Agenda verlangt von den Ländern des Globalen Nordens besondere Anstrengungen zu unternehmen, um MigrantInnen und Flüchtlingen eine Perspektive auf den jeweiligen Arbeitsmärkten zu ermöglichen.

Derzeit befinden sich etwa 21 Mio. Menschen in Zwangsarbeit, so die Statistiken der ILO. Die meisten von ihnen sind MigrantInnen und Flüchtlinge. In der Agenda 2030 wird verlangt, sofortige und wirksame Maßnahmen zur Abschaffung von Zwangsarbeit einzuführen. Das Ziel, moderne Sklaverei und Menschenhandel zu bekämpfen und abzuschaffen, ist sehr klar formuliert.

Abb. 3: Migration und nachhaltige Entwicklungsziele (SDG)



Quelle: eigene Darstellung nach UNO 2015

Dem Engagement von Organisationen der Zivilgesellschaft ist es zu verdanken, dass das Thema in die Agenda aufgenommen wurde. Mit Hilfe der Working Group on Global Governance of Migration and Development (MADE) wurde eine einheitliche Agenda (Stockholm-Agenda) formuliert, um das Thema in die Agenda 2030 aufzunehmen. Die Gruppe hat zusätzlich dazu beigetragen, Indikatoren zu entwickeln, um die Fortschritte der Agenda in Bezug auf die Fragen von Migration und MigrantInnen bewerten zu können.

Einige ExpertInnen bemängeln, dass Flucht und Migration lediglich als Stiefkinder der SDG behandelt werden. Da sich an der Tatsache nichts mehr ändern lässt, dass Flucht und Migration keine Leitthemen für eines der SDG geworden ist, sollte nun umso aufmerksamer die Kohärenz der deutschen und europäischen Politik mit den SDG beobachtet und analysiert werden.

Eine wichtige Rolle bei der Stärkung des Migrations-themas im Rahmen der Agenda 2030 könnte die 2006 entstandene Global Migration Group (GMG) spielen, die seitdem die Verantwortung dafür trägt, Instrumente und Normen im Bereich internationaler Migration durchzusetzen. Eine wichtige Plattform für einen informellen Dialog und Zusammenarbeit zum Thema Migration ist das seit 2007 agierende Global Forum on Migration and Development (GFMD), welches verschiedenen Regierungen die Gelegenheit gab, strittige Fragen, wie die Rechte von MigrantInnen, das Verhältnis zwischen Migration und Umwelt und die Herausforderungen von erzwungener Migration zu diskutieren. Das GFMD trifft sich einmal im Jahr in einem der Mitgliedsländer. 2017 wird das Treffen des GFMD in Deutschland stattfinden.

► 5.4 Migration und die deutsche Entwicklungspolitik

Das BMZ hat eine mehrere Ebenen umfassende Strategie zum Thema Vertreibung und Migration entworfen (BMZ 2016). Dabei wird zwischen drei unterschiedlichen Handlungsfeldern unterschieden: Kurzfristige Hilfe im Rahmen von humanitärer Hilfe und Notmaßnahmen unter der Leitung des Auswärtigen Amtes (AA), mittelfristige Hilfsansätze unter der Leitung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) durch den Bau von Schulen für Kinder, Angebote von Trainings für junge Menschen und Beschäftigung für Erwachsene sowie die langfristige Perspektive, die an Wirtschaft, Infrastruktur und staatliche Strukturen adressiert ist.

Der Ansatz des BMZ ist in ein koordiniertes Netzwerk von Auswärtigem Amt, Verteidigungs- und Umweltministerium eingebettet. Um die Ursachen von Vertreibung und Migration zu bekämpfen, will das BMZ für das Jahr 2016 ca. 3 Mrd. Euro bereitstellen. Dabei sollen UN-Organisationen, die in diesem Bereich engagiert sind – wie WFP, UNHCR und UNICEF – unterstützt werden. Insbesondere in Syrien, im Irak und am Horn von Afrika sollen die mittel- und langfristigen Maßnahmen zum Migrationsmanagement umgesetzt werden.

Das BMZ sieht die Flüchtlingskrise als eine globale Herausforderung und plädiert deswegen dafür, das Thema auf die G20-Agenda 2017 zu setzen. Die Idee dahinter ist, globale Quoten auf UNO-Ebene zu vereinbaren und je nach Wirtschaftspotenzial und Willen Flüchtlinge aufzunehmen. Auf EU-Ebene setzt sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit dafür ein, ein Maßnah-

menpaket von bis zu 10 Mrd. Euro jährlich zu schnüren, um die Flüchtlingskrise bewältigen zu können. Zudem sollen eine EU-Sonderbeauftragte für Flüchtlingsfragen und eine entsprechende Agentur eingesetzt werden.

Das BMZ will die Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit mit den Partnerländern auf die Vertreibungs- und Migrationsfragen verlegen. Damit rücken jene Länder in den Mittelpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, in denen sich viele intern Vertriebene aufhalten und die wichtige Transitländer sowie Länder sind, die eine größere Anzahl an Flüchtlingen aufgenommen haben. Konkret handelt es sich um Länder und Regionen, wie Syrien, den Mittleren Osten, Nordafrika, das Horn von Afrika, den Balkan, die Ukraine, Afghanistan und Pakistan.

Was die langfristigen und strukturellen Ansätze angeht, will das BMZ wichtige Ursachen für Migration bekämpfen. Dazu gehören: Nahrungsunsicherheit, Ressourcenknappheit, Armut, Ungleichheit, Verfolgung und Umweltzerstörung. Interessant ist hier das Ziel, sich für eine faire Handelspolitik und Arbeitsstandards einzusetzen.

Auch die Fragen der Klimafinanzierung werden in der neuen Strategie erwähnt. Hier wurden bekanntlich die alten Versprechen eher halbherzig erfüllt. Dies gilt besonders für die Fragen der Finanzierung von zusätzlichen Maßnahmen für Klimaanpassung und Klimaschutz.

Diese neue Orientierung des BMZ wirft eine Reihe wichtiger Fragen auf: Geht diese neue Schwerpunktsetzung auf Kosten der Armutsbekämpfung in Ländern, die nicht mit Migrations- und Vertreibungsproblemen konfrontiert sind? Werden die Mittel und Ressourcen, die an Mitteleinkommensländer, wie die Türkei und Jordanien, gegeben werden, als öffentliche Entwicklungshilfeleistungen angerechnet? Ist diese neue Strategie eine flankierende bzw. untergeordnete Maßnahme für die anderen Politikbereiche, wie Sicherheitspolitik und Innenpolitik?

Das BMZ geht von der richtigen Annahme aus, dass Migration ein komplexes Phänomen ist, das im Zusammenhang mit vielen anderen Faktoren steht (BMZ 2011). Es wird aber nicht thematisiert, dass die Migrationsforschung die Ursachen der Mobilität und Migration nicht hauptsächlich in Armut und fehlenden Entwicklung sieht.

Die restriktive Migrationspolitik in den EU-Mitgliedsländern hat in der jüngsten Vergangenheit ihre Ziele verfehlt: Nicht weniger, sondern mehr Menschen haben sich auf den Weg in die EU gemacht. Eine künst-

liche Aufblähung der Entwicklungshilfe in die Herkunftsländer von MigrantiInnen kann paradoxerweise das Gegenteil bewirken, nämlich zu mehr Migration führen. Zudem zeigt die empirische und theoretische Evidenz, dass ökonomische und menschliche Entwicklung die Möglichkeiten der Menschen für Migration eher noch fördern. Globalisierung geht mit steigendem Informationstransfer und Transporterleichterungen einher. Darüber hinaus wirken sowohl demographische Faktoren in den Aufnahmeländern als auch die starke Nachfrage nach qualifizierten und nicht qualifizierten Arbeitskräfte als Anziehungsfaktoren für Migration.

Handelsliberalisierung, Entwicklungshilfe oder Auslandsüberweisungen von GastarbeiterInnen können Migration nicht verhindern.

Wie das BMZ in der Vergangenheit richtigerweise erkannt hat, geht die Globalisierung mit steigendem Informationstransfer und größeren Transporterleichterungen einher, die die Mobilität der Menschen ebenfalls global verändert.

6 Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Bereits die Bibel belegt, dass es Migration schon immer und überall gab. Sie ist weder ein neues Phänomen, noch eine Bedrohung.

Europa als Region, die MigrantInnen anzieht – das war nicht immer so. Kanada, Lateinamerika, die USA oder Australien waren Zielländer für die europäische Auswanderung im 19. und 20. Jahrhundert. Nun zieht Europa – und weitere Länder des Globalen Nordens – MigrantInnen an. Neu ist, dass diese Migration im Kontext der Globalisierung stattfindet. Durch diese Globalisierung sind viele Grenzen für Waren, Dienstleistungen oder Kapital geschrumpft oder weggefallen. Nationalstaatliche Souveränität und Demokratie sind in diesem Prozess weitgehend ausgehöhlt worden. Nicht nur MigrantInnen und Flüchtlinge sind hiervon betroffen.

Gleichzeitig versuchen Regierungen, Mobilität einzuschränken und Grenzen zu schließen. Das führt zu Spannungen, im Land selbst, mit den Nachbarländern und in der Region. Außerdem verursacht es zusätzliche Kosten, die in der Regel keinen Ertrag bringen und überflüssig sind.

Die Globalisierung hat zu einer zunehmenden Ungleichheit zwischen reichen Ländern des Globalen Nor-

dens und armen Ländern des Globalen Südens geführt. Die Anziehungskräfte, die bessere Lebensbedingungen in den reichen Ländern und Regionen des Globalen Nordens ausüben, sind genauso stark, wie die Abstoßkräfte in den armen Ländern und Regionen des Globalen Südens. Diese Makroebene beeinflusst maßgeblich die transnationalen Migrationsbewegungen unserer Zeit.

Es wäre falsch anzunehmen, Migration sei ausschließlich durch Armut zu erklären. Die Menschen treffen ihre Auswanderungsentscheidungen aus vielerlei Gründen. Migrationsbewegungen sind die Folge von persönlichen Entscheidungen auf Mikroebene sowie nationalen und internationalen Rahmenbedingungen auf Makroebene. Auch dazwischen gibt es Strukturen, wie beispielsweise soziale Netzwerke, Diasporageinschaften, Schleuserbanden usw., die die Mikro- mit der Makroebene verbinden. In manchen Fällen ist es besonders diese Mesoebene, die eine wichtige Rolle spielt, wenn man Migrationsbewegungen besser verstehen möchte.

Flucht und Migration

Flucht und Migration sind nicht dasselbe – obwohl die Unterscheidung manchmal nicht eindeutig ist. Es gibt wichtige Unterschiede, sowohl bezüglich der Frage nach Zwang/Freiwilligkeit als auch nach der Zeitspanne, die Menschen unterwegs sind, bzw. sich fern ihrer Herkunftsländer aufhalten. Mehr als 60 Mio. Menschen befinden sich momentan auf der Flucht vor Krieg, Konflikten und autoritären bis diktatorischen Regimen, den Folgen des Klimawandels usw. – die Liste ist lang. Fluchtbewegungen können genauso plötzlich aufhören, wie sie entstanden sind. Das hängt von der Entwicklung der Krisen und Umstände ab, die ursprünglich zu Fluchtbewegungen geführt haben.

Migration ist dagegen ein langfristiger Prozess, der nicht alleine durch Entwicklungspolitik gestaltet oder gar verhindert werden kann. Migration ist das Resultat einer komplexen Verbindung zwischen Anziehungs- und Abstoßkräften, meist zwischen Globalem Norden und Süden. Das verdeutlichen die Lohn- und Einkommensunterschiede weltweit, aber auch Fragen der sozialen Sicherheit oder politischen, religiösen und persönlichen Freiheit. Die Bekämpfung von Migrationsursachen bleibt deswegen fraglich und kontrovers zu diskutieren. Es mag scheinen, dass man mit finanziellen Mitteln oder strengeren Grenzkontrollen Migration eindämmen könnte. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass dem nicht so ist und lediglich die legale zu einer illegalen Migration wird.

Nicht wenige der bestehenden Ungleichheiten sind die Folge ungerechter Handels- oder Finanzstrukturen, die wenige GewinnerInnen und viele VerliererInnen hervorbringen. Die strukturellen Probleme der Globalisierung können nur durch eine kohärente Strategie überwunden werden, die dazu beiträgt, weltweit zunehmende Ungleichheiten zu bekämpfen und die wirtschaftlichen Bedingungen für eine reale Konvergenz in Entwicklung und Wohlstand zwischen Globalem Norden und Süden zu schaffen.

Migration und ihre Folgen

Migration hat sowohl positive als auch negative Folgen für die Herkunftsländer. Positiv ist beispielsweise, dass durch Rücküberweisungen von Familienangehörigen ein bedeutender Kapitalzufluss in die Heimatländer

stattfindet und dort Entwicklungsimpulse auslösen kann. Negativ bewertet wird der sogenannte brain drain, qualifizierte Arbeitskräfte verlassen ihre Herkunftsländer im Globalen Süden und hinterlassen eine entscheidende Lücke, die sich negativ auf den Transformationsprozess dieser Länder auswirkt.

Versuche der EU, der Migrationsproblematik zu begegnen

Sowohl entwicklungs- als auch wirtschaftspolitisch bleiben die Antworten der EU hinter den Erwartungen zurück. Es liegt nahe, instrumentelle Ansätze wie den EU-Notfall-Treuhandfonds und das EU-Türkei-Abkommen zu hinterfragen⁷. Mit dem Notfall-Treuhandfonds wird versucht, afrikanische Regierungen, deren zum Teil repressive Politik eine Fluchtursache ist, als „Türsteher“ für die EU zu instrumentalisieren und zu finanzieren. Ähnlich der Fall Türkei, wo man sich zu Recht fragen sollte, ob sich ein Abkommen mit einer Regierung rechtfertigen lässt, die grundlegende demokratische Prinzipien der eigenen Bevölkerung verletzt – ganz besonders, wenn es dabei um das Schicksal und die Schutzbedürftigkeit von Flüchtenden geht. Flüchtlinge und MigrantInnen brauchen den Schutz, den ihnen die Genfer Flüchtlingskonvention auf dem Papier gewährt.

Flucht und Migration können nicht bekämpft werden. Im besten Fall können sie gestaltet werden und zwar so, dass die Bedingungen auf Mikro- und Makroebene zu einer Win-win-Situation sowohl für die Herkunfts- als auch für die Zielländer werden.

Politische Verantwortung kann und sollte nicht an nationalen Grenzen enden. Migration ist ein globales Phänomen und kann nur mit Hilfe multilateraler Prozesse und Instrumente geregelt werden.

Die Agenda 2030 bietet hier ein enormes Potenzial. Da das Thema Migration allerdings nicht als eigenständiges Ziel definiert wurde, liegt es an der Politik, die richtigen Maßstäbe und Instrumente zu entwickeln, damit Migration einen positiven Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten kann. Das Global Forum on Migration and Development (GFMD), welches 2017 in Deutschland stattfinden wird, kann in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle spielen.

⁷ Seit dem am 20. März 2016 in Kraft getretenen EU-Türkei-Abkommen werden alle irregulär in die EU eingereisten Flüchtlinge wieder in die Türkei zurückgeschickt.

7 Literaturverzeichnis

- Baldwin-Edwards, Martin (2006): Between a Rock and a Hard Place: North Africa as a region of emigration, immigration and transit migration, *Review of African Political Economy*, 33: 108, 311-324.
- BMZ (2011): Migration: Chancen für Entwicklung nutzen, BMZ, Berlin.
- BMZ (2016): Reshaping the BMZ's policy on displacement and development, Berlin.
- Burki, Olivier/Mordasini, Michel (2009): Rücküberweisungen von Migranten: Was sind die Folgen für die armen Länder? In: *Die Volkswirtschaft. Das Magazin für Wirtschaftspolitik*, 2009, Heft 6, Basel, Bern, St. Gallen.
- Castles, Stephen et al. (2014): *The Age of Migration: International Population Movement in the Modern World*, 5th edition, Palgrave MacMillan, Basingstoke.
- CONCORD (2015): Looking to the future, don't forget the past – Aid beyond 2015, CONCORD, Brüssel.
- DIE (2015): „Klimaflüchtlinge“ in Europa? – Klimabezogene Migration betrifft vor allem Entwicklungsländer, (Mathis, Okka Lou & Schraven, Benjamin), DIE, Bonn.
- EC (2015): A European Agenda on Migration, COM (2015) 240 final, European Commission, Brüssel.
- ECOWAS (1979): Economic Community of West African States (ECOWAS): Protocol on Free Movement of Persons, Residence, and Establishment. URL: <http://www.cfr.org/world/economic-community-west-african-states-ecowas-protocol-free-movement-persons-residence-establishment/p28124> (letzter Abruf: 07.07.2016)
- Europäische Kommission (2015): Ein Notfall-Treuhandfonds der Europäischen Union für Afrika. URL: http://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:s9cYuK_zsvwJ:ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/background-information/docs/2_factsheet_emergency_trust_fund_africa_de.pdf&cd=1&hl=de&ct=clnk&gl=de&client=firefox-b (letzter Abruf: 07.07.2016)
- Europäisches Parlament (2016): Situation in Eritrea European Parliament resolution of 10 March 2016 on the situation in Eritrea (2016/2568 RSP), Straßburg. URL: <http://www.europarl.europa.eu/oeil/popups/ficheprocedure.do?lang=en&reference=2016/2568> (RSP) (letzter Abruf: 07.07.2016)
- GCIM (2005): Migrants in the global labor market, (Martin, Philip), University of California, Oakland. URL: <http://publications.iom.int/> (letzter Abruf: 07.07.2016)
- Goldin, Ian et al. (2011): *Exceptional People: How Migration Shaped our Past and Will Define our Future*, Princeton.
- Haas, Heyn de (2016): *Turning the tide? Why 'development instead of migration' policies are bound to fail*, Oxford.
- ILO (2015a): *Global Wage Report 2014/15: Wages and income inequality Global*, International Labour Office, Genf.
- ILO (2015b): *Global estimates of migrant workers and migrant domestic workers: results and methodology*, International Labour Office, Genf.
- ILO (2016): *World Employment and Social Outlook: Trends 2016*, International Labour Office, Genf.
- IMF (2016): *The Refugee Surge in Europe: Economic Challenges*, International Monetary Fund, Washington.
- IMF (2016): *The Refugee Surge in Europe: Economic Challenges*, Staff Discussion Notes (SDNs), International Monetary Fund, Washington.
- KNOMAD (2016): *Migration and Remittances Factbook 2016*, Global Knowledge Partnership on Migration and Development (KNOMAD), Washington. URL: <http://www.knomad.org/publications> (letzter Abruf: 07.07.2016)

- Long, Katy (2015): From Refugee to Migrant? Labor Mobility's Protectional Potential. Migration Policy Institute, Washington.
- Mair, Stefan (2004): Flüchtlinge aus Afrika: Hilft ein Marshall-Plan?, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP Aktuell, Berlin.
- McKinsey Global Institute (2012): Global flows in a digital age: How trade, finance, people, and data connect the world economy, San Francisco/London/Shanghai. URL: www.mckinsey.com/mgi (letzter Abruf: 07.07.2016)
- McLeman 2011: Climate change, migration and critical international security considerations Ottawa, International Organization for Migration (IOM), Genf. URL: <http://publications.iom.int/> (letzter Abruf: 07.07.2016)
- OECD (2000): Globalisation, Migration and Development, URL: http://www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/globalisation-migration-and-development_9789264180413-en (letzter Abruf: 20.6.2016)
- OECD (2009): Migration and Employment, (Dayton-Johnson, Jeff (OECD Development Centre), Antje Pfeiffer (GTZ), Kirsten Schuettler (GTZ), Johanna Schwinn (Consultant)), Paris.
- OECD (2014): Is migration good for the economy?, Migration Policy Debates, Paris.
- Ortega, Francesc/Peri, Giovanni (2009): The Causes and Effects of International Migrations: Evidence from OECD Countries 1980-2005, Cambridge.
- Pritchett, Lant (2006): Let their People Come: Breaking the Gridlock on International Labor Mobility, center for global development, Washington.
- Ratha, Dili et al. (2016): "Migration and Remittances – Recent Developments and Outlook" Migration and Development Brief 26, April 2016, World Bank, Washington.
- Reporter ohne Grenzen (2015): Eritrea. URL: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/eritrea/>
- Rodrik, Dani (2009): The Globalization Paradox: Democracy and the Future of the World Economy, W.W. Norton & Company, New York/London.
- UNDP (2009): Bericht über die menschliche Entwicklung 2009. Barrieren überwinden: Migration und menschliche Entwicklung, Berlin.
- UNO (2015): Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, New York.
- UNO-HRC (2015): Report of the detailed findings of the Commission of Inquiry on Human Rights in Eritrea, Genf.
- Werz, Michael/Conley, Laura (2012): Climate Change, Migration, and Conflict: Addressing complex crisis scenarios in the 21st Century, Center for American Progress, Heinrich Böll Stiftung, Washington.
- World Bank (2007): South-South Migration and Remittances, (Ratha, D./Shaw, W.), World Bank, Washington.
- World Bank (2015): Migration and Remittances: Recent Developments, World Bank, Washington
- World Bank (2016): Migration and Remittances – Recent Developments and Outlook" Migration and Development Brief 26, April 2016, World Bank, Washington.

Bitte schicken Sie mir:

- Publikation (Titel eintragen)
-
- Exemplare des SÜDWIND-Faltblatts (Anzahl):
- Informationen zur Stiftung SÜDWIND
- Einen aktuellen Jahresbericht
- Eine Publikationsliste
- Bitte setzen Sie mich auf den Verteiler für den Newsletter und weitere Informationen.

Meine E-Mail-Adresse:

Schicken Sie das Material an folgende Adresse:

Name, Vorname

Ggf. Institution

Straße, Haus-Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Mitmachen!

Wir leben von der Unterstützung unserer Mitglieder, Förderinnen und Förderer. Setzen Sie sich mit SÜDWIND für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit weltweit ein. Wir möchten unabhängig bleiben, auch unbequeme Fragen stellen und nicht nur einfache Antworten geben. Bitte helfen Sie uns dabei.

Über unsere Veröffentlichungen erhalten Sie Anregungen dazu, was Sie selbst im alltäglichen Leben tun können, um sich gegen Armut und Ungleichheit einzusetzen. Wir bieten einen Einblick in aktuelle Forschungsergebnisse und berichten über die Arbeit von SÜDWIND mit zusätzlichen Hintergrundinformationen. Mit Hilfe unserer Stiftung SÜDWIND wird die Arbeit von SÜDWIND aus den Zinserträgen des Stiftungsvermögens gefördert. Die Stiftung legt ihr Geld nach strengen ethischen und ökologischen Kriterien an.

Unsere Mitglieder und UnterstützerInnen haben die Möglichkeit, die Arbeit von SÜDWIND mit zu gestalten. So tragen wir Themen und Forderungen im Namen unserer Mitglieder in Netzwerke, Gesellschaft und Politik.

Machen Sie mit!

Ja, ich möchte Mitglied bei SÜDWIND e.V. werden!

Vorname, Name

E-Mail

- Lastschriftinzug Überweisung Rechnung

Die Abbuchung soll erfolgen

- vierteljährlich halbjährlich jährlich

Der Mindestbeitrag beträgt für Privatpersonen jährlich 70 €.

- 70 100 140 210 anderer Beitrag

Der Mindestbeitrag beträgt für Institutionen jährlich 250 €.

- 250 500 anderer Beitrag

- anderer Beitrag

Sie erhalten in Kürze eine schriftliche Bestätigung Ihrer Mitgliedschaft. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Ort, Datum

Unterschrift(en)

WC 13037

SEPA-Lastschriftmandat (SEPA Direct Debit Mandate)
für SEPA-Basis-Lastschriftverfahren/for SEPA Core Direct Debit Scheme

Name und Anschrift des Zahlungsempfängers (Gläubiger)
SÜDWIND e.V. · Kaiserstraße 201 · 53113 Bonn

**Gläubiger-Identifikationsnummer
(CI/Creditor Identifier)**
DE27ZZZ00000033336

Mandatsreferenz
wird nachgereicht

SEPA-Lastschriftmandat

Ich/Wir ermächtige(n) SÜDWIND e.V. Zahlungen von meinem/unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise(n) ich/wir mein/unser Kreditinstitut an, die von SÜDWIND e.V. auf mein/unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann/Wir können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/unserem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kontoinhaber (Vorname, Name)

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Kreditinstitut

BIC

IBAN

Ort, Datum

Unterschrift(en)

SÜDWIND e.V.

Kaiserstraße 201
53113 Bonn

Tel.: +49 (0) 228-76 36 98-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

IBAN DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC GENODED1DKD
Umsatzsteuer: DE169920897

Bitte hier abtrennen und an SÜDWIND senden oder faxen.

Migration und Flucht in Zeiten der Globalisierung

Die Zusammenhänge zwischen Migration, globaler Ungleichheit und Entwicklung

Mehr als 60 Mio. Menschen befinden sich derzeit weltweit auf der Flucht vor Krieg, Gewalt, Hunger oder Naturkatastrophen. Das sind so viele, wie noch nie. Die Zahl der MigrantInnen wird auf ca. 240 Mio. Menschen weltweit geschätzt.

Die meisten von ihnen bewegen sich in und zwischen den armen Ländern des Globalen Südens. Aber auch die Süd-Nord-Migration hat in den letzten Jahren zugenommen. Die MigrantInnen und Flüchtlinge, die auf der Suche nach Schutz und einem besseren Leben in den Globalen Norden kommen, tun dies nicht leichtfertig. Der Entscheidung gehen meist Erfahrungen von Gewalt, Entbehrung und Armut voraus. Aber woher konkret rühren die Gründe für den Aufbruch? Was ist der Zusammenhang zwischen Migration und Globalisierung? Kann Migration eingedämmt werden? Hat Migration negative Auswirkungen auf die Herkunftsländer? Hat Migration positive Auswirkungen auf die Zielländer?

Die vorliegende Studie befasst sich mit den Themen Flucht, Migration und Entwicklungszusammenarbeit. Sie beleuchtet sowohl an einigen Beispielen die Ausgangssituationen in den Herkunftsländern der MigrantInnen und Flüchtlinge – seien es politische, wirtschaftliche, kulturelle oder durch den Klimawandel bedingte Ursachen – als auch die Mechanismen und politischen Rahmenbedingungen, die zu Flucht und Migration führen.

Bezug:
SÜDWIND e.V. – Institut für
Ökonomie und Ökumene
Preis: 5,00 Euro
Ab 10 Exemplaren: 3,00 Euro
(zuzüglich Versandkosten)



SÜDWIND e.V.
Kaiserstraße 201
53113 Bonn

Tel.: +49 (0) 228-76 36 98-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

IBAN DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC GENODE33033
Umsatzsteuer: DE169920897